



**KOSTENLOS**

# Gegenwind

**Zeitung für Arbeit, Frieden, Umweltschutz**

Gegenwind 199

Wilhelmshaven

Juni 2004

## Still und starr...

Der Banter Markt wurde zu einer Steinwüste saniert - und keiner weiß wofür! - Seite 3 -



## Wir schrumpfen

Die Bevölkerung Wilhelmshavens wird trotz JadeWeserPort und Neupflasterung von einigen Metern Marktstraße weiter schrumpfen - doch der Oberbürgermeister hat beschlossen, dass dem nicht so ist. Nun werden die Hauptstraßen neu asphaltiert, damit die Neubürger einen holperfreien Weg nach Wilhelmshaven finden. Doch diese Straßen führen auch raus aus der Stadt! Auf Seite 4 fordern wir Kreativität von unseren Stadtplanern.

Die Zukunft des Banter Marks war Thema der Sitzung des Stadtteilbeirats. Schlechte Aussichten und viel Unausgegorenes haben wir auf Seite 3 zu Papier gebracht.

Niedersachsens Kultusminister Busemann auf Stippvisite in Wilhelmshaven. 'Friede, Freude, Eierkuchen' war der Tenor der Berichterstattung der Wilhelmshavener Zeitung. Wenn Sie die Seiten 6 und 7 gelesen haben, werden Sie denken, dass die WZ-Leute auf einer anderen Veranstaltung waren.

In übelster Wortwahl schlug Wilhelmshavens Wirtschaftsförderung auf die Bürgerinitiative zum Erhalt der Südzentrale ein. Da muss wohl ein Investor etwas nervös geworden sein. Schandfleck oder Schandmaul heißt es auf Seite 8.

Trockenes Brot - aber für viele Menschen überlebenswichtig: Was ändert sich beim Wohngeld durch die Realisierung von Hartz IV? Auf Seite 9 finden Sie vielleicht eine Antwort.

Auf Seite 10 lernen Sie König Tide kennen (wenn Sie ihn nicht schon vorher kannten) - wir servieren Ihnen eine eigentlich unglaubliche Story.

Zur Banter-Markt-Planung hat das Projekt 'Soziale Stadt' ja etwas Haue gekriegt - auf Seite 11 versöhnen wir uns mit unserer Berichterstattung über das LOS-Projekt mit der Idee der 'Sozialen Stadt'.

Die Stadt arbeitet mit allen Tricks, um die Bürger dumm zu halten. Dass es aber auch unseren gewählten Ratsvertretern so geht, können Sie auf Seite 12 nachlesen.

# meldungen

## Tolles Timing!

Ausgerechnet am Tag des Göbi-Festes (das übrigens sehr gut besucht war!), lasen wir in der "WZ", dass es jetzt endgültig feststeht: Das Geld, von dem der Bismarckplatz gestaltet werden sollte (u.a. eine Markthalle), wird jetzt in der Marktstraße verpfästert. Die Kaufleute in der Gökerstraße und der Bismarckstraße bemühen sich seit Jahren darum, sich selber am Leben und den Menschen, die dort wohnen, Einkaufsmöglichkeiten zu erhalten. Währenddessen entstehen dort immer wieder neue Lücken durch Geschäftsaufgaben und -wegzüge, die manchmal, aber halt nicht immer, wieder aufgefüllt werden. Der letzte große Verlust nicht nur für die Göbi, sondern für die ganze Stadt: Weidmann, das Damenmodehaus, hat aufgegeben.

Die Markthalle war eine Hoffnung für die Göbi. Dahin! (noa)

**KULTUR - KOMMUNIKATION**

**HOTEL KLING KLING**

**WHV Zentrum**  
Börsenstr.73 / Ecke Mitscherlichstr.  
**MUSIK FÜR DICH**

**Frühstücken**  
**Partys - Konzerte**

**KLING KLANG-eMail-News**  
Kurze eMail an [KLINGKLANGINFO@AOL.COM](mailto:KLINGKLANGINFO@AOL.COM)

## Aus?

Nach unbestätigten Berichten aus gut informierten Kreisen will die Stadt Wilhelmshaven den Bücherei-Bus abschaffen. Diese gut angenommene Service-Einrichtung ist gerade für die Menschen in den Außenbezirken der Stadt von großer Bedeutung. Und es sind in erster Linie junge Menschen aus sozial schwächeren Familien, die diesen Service nutzen, um sich Bücher auszuleihen. Die Einstellung des Büchereibusses würde dazu beitragen, das Bildungsniveau weiter nach unten zu drücken. (hk)

**www.patch-n-quilt.de**  
mit Onlineshop

**Patch 'n' Quilt**  
Quilts von Leidenschaft  
in der Marktstraße

Marktstraße 21  
57258 Freudenberg  
Fon: 02734- 436 888  
(tägl. 10-18 Uhr)  
Fax: 02734- 435 620  
e-mail: [info@patch-n-quilt.de](mailto:info@patch-n-quilt.de)

Alles für  
Patchwork  
und Quilts.  
Stoffe, Zubehör,  
Näse, Schablonen,  
englische und französische  
Bücher und Fachzeitschriften,  
individuelle Beratung,  
Kurse, Workshops, Fertignachungen,  
Drammbros, Rinske-Stevens-Design

## Erfolg

Unseren LeserInnen wird der Name Rolf Frerichs geläufig sein. Seit Februar 2002 kämpft Frerichs für die Fußgängerzone an der Nordseepassage. Fast genauso lange gehören Berichte darüber zum Gegenwind. Damit wird es jetzt ein Ende haben. Am 30. Mai bekamen wir Post von Herrn Frerichs: *"Der 24. Mai 2004 ist für mich ein unvergesslicher Tag, habe ich es doch geschafft, dass jetzt das Befahren der Fußgängerzone in der Bahnhofstraße mit Kraftfahrzeugen der Vergangenheit angehört und die Menschen dort gefahrlos flanieren können. Doch der Erfolg hat bekanntlich viele Väter.*

*So möchte ich mich jetzt ganz besonders bei Frau Imke Zwoch und dem gesamten 'Gegenwind-Team' recht herzlich dafür bedanken, dass man mich durch die sehr guten Berichte im Gegenwind über Jahre in meinem Vorhaben unterstützt hat, hier nicht locker zu lassen und für das Recht zu kämpfen. Dieser Kampf hat sich im Interesse der Bürger für ihre Sicherheit gelohnt."* Es geht doch! (hk)

**Neulich auf Siebethsburg** beobachteten Anwohner, wie eine Gruppe Jugendlicher ein Buswartehäuschen zerlegte. Um dies sinnlose wie unsoziale Tun zu stoppen, wählten die erzürnten Beobachter den Polizeinotruf. Es dauerte lange Zeit, bis dort jemand an den Apparat ging, und noch länger, bis ein Peterwagen auftauchte. Derweil waren die Randalierer über alle Berge. Tags drauf kehrten sie, in Begleitung von Mädchen und mit Fotohandys ausgestattet, zurück, um ihre Heldentat zu demonstrieren und zu dokumentieren. Die geschädigten Haltestellennutzer riefen erneut bei der Polizei an mit dem Hinweis, ein Zugriff auf die am Vortag Entkommenen sei nun möglich. Wiederum zeigten die Beamten wenig Engagement, ihre Vandalismus-Aufklärungsquote zu steigern.

Einige Tage später kamen zwei andere Jugendliche vorbei, entfernten einen Begrenzungspfahl am Radweg neben der Bushalte und warfen ihn Richtung Graben. Wiederum unbehelligt und bei Tageslicht. Den Anwohnern war die Lust auf Anrufe bei der Polizei vergangen.

Keine Jugend ohne Streiche. Mit 10, 11 Jahren Klingelstreiche. Mit 13, mit 14 mal ein Fenster einwerfen. Ausprobieren, wie die Nachbarn reagieren und ob man schneller laufen kann als sie schimpfen. Aber mit 19, 20 und älter ganze Infrastruktureinrichtungen platt machen, dazu Außenspiegel von vorschriftsmäßig geparkten Autos abtreten und was in Siebethsburg und anderswo noch so passiert: Das weckt tiefe Zweifel an der Entwicklung

junger Erwachsener, die ein Teil der Zukunft unserer Stadt, unserer Gesellschaft sein sollen. Man muss kein Spießler sein, um das nicht mehr lustig zu finden. Nun haben wir schon nachweislich zu wenig Einwohner unter 20 Jahren, und von den wenigen lässt dann ein Teil kaum einen Beitrag zu einer lebenswerten Stadt erwarten. Da ist noch viel Kreativität nötig, um offensichtlich überschüssige Energien in konstruktive Bahnen zu lenken. (red)

## Wer ist das Problem?

Seit ca. 100 Jahren wird eine Erwärmung der Erde beobachtet. Die Ursachen dafür sind inzwischen bekannt - insbesondere der Ausstoß von CO<sub>2</sub> ist als Verursacher erkannt. Die Filmindustrie schlachtet das Thema bereits für Horrorszenarien aus, Horrorszenarien, die leider sehr oft sehr dicht an die Realität heranreichen. In der ersten Juni-Woche trafen sich in Bonn 3.000 Delegierte aus 150 Ländern, um Wege gegen die drohende Klimakatastrophe zu suchen und zu beschreiben.

Und was macht unsere SPD-Bundestagsabgeordnete Karin Evers-Meyer? Sie wertet gegen die Erforschung und Nutzung erneuerbarer Energien (Wind, Wasser, Erdwärme usw.), weil diese mit hohen Kosten verbunden sind, die u.a. über die Stromsteuer hereingeholt werden. Und das gefällt der stromfressenden Industrie Wilhelmshavens (die übrigens den Strom zu Sonderkonditionen bezieht) überhaupt nicht. Diese industriellen Dinosaurier im Osten der Stadt drohen seit Jahren mit dem Abbau von Arbeitsplätzen und mit nicht zu realisierenden Zukunftsinvestitionen.

Evers-Meyer schwingt sich auf deren Ross und betreibt Lobbyarbeit für Wilhelmshavens chemische Industrie. Da wird nicht nachgedacht, da werden alle wissenschaftlichen Erkenntnisse ignoriert - Hauptsache die Industrie bleibt mein Freund.

Bisher beträgt der Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch man gerade 3,4 % . "Sie spielen also keine große Rolle", (und gerade das ist das Problem!) soll Evers-Meyer laut Wilhelmshavener Zeitung vom 1. Juni gesagt haben. So ist denn auch Umweltminister Trittin "unser großes Problem", lässt sie sich im gleichen Artikel zitieren.

Wir können nur hoffen, dass die Wählerinnen und Wähler bei der nächsten Bundestagswahl erkennen, wer hier wirklich das große Problem ist. (hk)

**Gegenwind**

Herausgeber: GEGENWIND-Verein  
Postanschrift: GEGENWIND, Adolphstr. 21  
26382 Wilhelmshaven  
Tel.: 04421 / 99 49 90  
Fax: 0180-5060 3441 9546  
eMail: [gegenwind.whv@t-online.de](mailto:gegenwind.whv@t-online.de)

Redaktion: Uwe Brams, Erwin Fiege, Antje Jürgensen, Hannes Klöpfer (verantw. Redakteur), Anette Nowak, Arne Schulz, Thorsten Schimming, Thomas Sobel, Frank Tunnat, Imke Zwoch;  
Druck: Beta-Druck; Auflage: 4.700 Exemplare  
Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven,  
Kto.-Nr.: 500 355, BLZ 282 900 63  
Der GEGENWIND erscheint (nach Möglichkeit) jeweils zum Monatsbeginn  
Erscheinungstag dieser Ausgabe: 09.06.2004

**Gegenwind im Internet:**  
[www.gegenwind-whv.de](http://www.gegenwind-whv.de)

\*\*\*\*\*  
Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten, die durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe beigetragen haben.  
\*\*\*\*\*



# Beirat verarscht?

## Lebhaft ging es zu beim Stadtteilbeirat Westliche Südstadt

(noa) Nun ist die Pflasterung des Banter Marktplatzes fertig, am 24. April wurde gefeiert und Bier getrunken, vom 20. bis 23. Mai gab es dort einen Jahrmarkt - und nun liegt er da, frisch und (noch) sauber, aber kahl, wird inzwischen wieder zögerlich als Parkplatz genutzt, aber sonst tut sich nichts.

Eigentlich hatten die Mitglieder des Stadtteilbeirates Westliche Südstadt gedacht, dass die Gestaltung des Platzes gleichzeitig mit (oder doch wenigstens bald nach) der Pflasterung erfolgen sollte. Das soll, so Quartiersmanager Thorsten Stahlhut auf der Beiratssitzung am 2. Juni, noch in diesem Sommer passieren, doch die Auswahl der Möblierung ist noch nicht abgeschlossen. Da haben sich Schwierigkeiten ergeben, die sich, bezogen auf mehrere Punkte, durch die ganze Sitzung ziehen sollten: Folgekosten sollen keine entstehen.

Holz- oder Metallbänke müssen gepflegt werden, damit sie nicht binnen weniger Jahre verrotten, und wer soll das machen? Ursula Aljets schlug vor, die Wilhelmshaven-Bank von Beka e.V. (Beratung, Kommunikation, Arbeit) ins Auge zu fassen, da das Geld dann in Wilhelmshaven bliebe. Da man niemandem weh tun will, brachte schnell jemand auch die GPS-Bank ins Spiel, und mit Blick auf die anwesenden Kirchenvertreter wurde gefragt, ob auch die Diakonie irgendwelche Bänke im Angebot habe - alle diese Lösungen wären aber keine richtigen, weil nicht wartungsfrei. (Gibt es außer Waschbetonklötzen überhaupt irgendwelche Draußen-Sitzgelegenheiten, die man einfach aufstellen und dann vergessen kann?)

Die ganzen Ideen zur Nutzung des Platzes - Straßenfeste, Jahr- und Flohmärkte - seien hinfällig, so Helmut Möhle, da die Voraussetzungen zur Nutzung des Platzes einfach nicht gegeben seien, und sarkastisch meinte er, es sei ja nach einem halben Jahr Bauzeit eine riesige Überraschung gewesen, dass der Platz fertig sei, da habe man an Strom und Toiletten nicht rechtzeitig denken können.

Thorsten Stahlhut hatte einleitend eine Reihe von Ideen zur Nutzung des Platzes vorgetragen: Gelegentlich mal wieder ein Rummel, sogar ein kleiner Zirkus könnte eingeladen werden. Im Rahmen der multikulturellen Woche sei eine Aktivität am 25. September oder am 2. Oktober geplant. Vielleicht könnte man auch einen Advents- oder Weihnachtsmarkt veranstalten. Auf jeden Fall könne man eine Fahrradaktion für Vor- und Grundschulkinder stattfinden lassen. Auch ein Wochenmarkt und der monatliche Floh-

markt des Bürgervereins Bant könnten den schönen neuen Platz beleben. Die Tanzgruppe des türkischen Vereins habe zugesagt, eine öffentliche Probe durchzuführen, und - Stahlhuts Lieblingskind - man könne doch mal ein Beachvolleyball-Turnier machen.

Ja, diese ganzen Ideen erfordern tatsächlich Strom und Toiletten. Schausteller und Sportler müssen mal pinkeln, kleine Kinder auch. Eine Tanzprobe mit Musik aus dem Ghetto ist nicht denkbar. Der winzige Wochenmarkt, den es früher mal auf dem Banter Marktplatz gab, musste sich auf ein Angebot beschränken, das keinen Stromanschluss benötigte; ein Käse- oder Fischstand ohne Kühlung geht nicht.

Nun sind die Stromverteilerkästen, die mit der Neugestaltung des Platzes installiert wurden, für eine "kleine" Veranstaltung ausreichend, bei einer größeren Sache jedoch müssen zusätzliche Kapazitäten her. Möhle begnügte sich bei der Information über diese Fehlplanung nicht mehr mit Sarkasmus. Er wurde böse: "Das kann ich keinem Bürger erzählen!", und: "Ich fühle mich verbalbet."

Schwieriger noch ist das Toilettenproblem: Der Kiosk-Umbau, für die meisten Beiratsmitglieder untrennbar mit der Pflasterung des Platzes verbunden, ist laut Auskunft von Frau Wohler, Mitarbeiterin des Planungsamtes des Stadt, eine davon getrennte Maßnahme. Sollte noch Geld vorhanden sein, könne mit der Baumaßnahme bald begonnen werden. Müsse man aber zusätzliches Geld dafür haben, dann sei erst mal Abwarten angesagt. Erst müsse der Bewilligungsbescheid der Bezirksregierung kommen. Mit etwas Pech wird der Kiosk also erst im nächsten Jahr umgebaut, und so lange gibt es auch keine Toiletten.

Und überhaupt die Toiletten: Die müssen ja auch sauber gehalten werden. Wer soll das machen? Schon wieder die Folgekosten!

Der Kiosk-Pächter ist bereit, sich um die Klos zu kümmern. Das wusste Ilka Nordbrock, die mit der Umbauplanung betraute Architektin, zu berichten. Voraussetzung allerdings für diese Bereitschaft sei, dass er eine gewisse Kontrolle über die Nutzung des Klos behalte. Wer pinkeln will, muss an ihm vorbei.

Frau Nordbrock warf den Umbauplan

mittels Overhead-Projektor an die Wand. Ein richtig schmuckes Häuschen ist da geplant, etwas höher als das bisherige Gebäude, das Dach so weit geneigt, dass Ziegel draufkönnen und man auf die hässliche Pappe verzichten kann, nach zwei Richtungen beträchtlich erweitert um einen verglasten Bereich, in dem auch Bier und Currywurst serviert werden können, und einen gänzlich neuen Klotrakt. Die Grundfläche, die der Kiosk nach seinem Umbau in Anspruch nehmen wird, ist etwa dreimal so groß wie bisher - aber ein Behindertenklo soll trotzdem nicht eingebaut werden!

Das Behindertenklo, in Nordbrocks Plänen ursprünglich vorgesehen, war in langen Sitzungen mit dem Pächter und dem Planungsamte auf der Strecke geblieben. Empörung bei Beiratsmitglied Leffers: Wozu muss der Kioskbetreiber einen getrennten Aufenthaltsraum haben?!? (Muss er wegen irgendeiner Vorschrift.) Frau Aljets zitierte Gesetze und Verordnungen: Ein Behindertenklo ist zwingend erforderlich! Die Architektin wusste es besser: Ist es nicht! - gemäß Bauordnung. Frau Aljets wusste es noch besser: Ist es doch! - gemäß Gleichstellungsgesetz. Obwohl die Versammlung nicht beschlussfähig war, wie Vorsitzende Rainer Ewald eingangs durch gewissenhafte Zählung ermittelt hatte, stellte Frau Aljets einen Beschlussantrag: Keine Zustimmung zu gar nichts ohne Behindertenklo! Im allgemeinen Tumult, den das Thema auslöste, fügte sie noch zynisch hinzu, sie sei ja froh und dankbar, dass wenigstens Frauenklos vorgesehen seien.

Der Höhepunkt der Sitzung fand nicht am Ende, sondern irgendwann mittendrin statt. Es ist nämlich noch gar nicht klar, ob überhaupt etwas weitergeht am Banter Markt. Das Geld, das für die Pflasterung ausgegeben wurde (zu viel nach Ursula Aljets Meinung), war größtenteils Geld der Europäischen Union. Zu allen Sanierungsvorhaben im Rahmen des Projekts "Soziale Stadt" zahlt die Kommune nur ein Sechstel dazu. Doch wenn sie diese geringe Summe nicht hat, entfallen auch die fünf Sechstel aus Europa. Und dass die Stadt vielleicht ihren kleinen Anteil für weitere Sanierungsmaßnahmen nicht rausrücken wollen könnte (Haushaltssperre!), deutete Beiratsmitglied von Teichman, der sich ansonsten vornehm zurückhielt, ganz vorsichtig an. Herr Leffers zitierte eine Ausgabe der "Welt" aus dem Jahr 2002: "Die Staaten rufen die EU-Milliarden nur schleppend ab." Das ist eben so, wenn in einer Kommune das Geld zur Ergänzung fehlt. Und außerdem: Die EU-Mittel können nur beantragt werden, wenn eine Kommune erklärt, die ganze Maßnahme notfalls allein finanzieren zu wollen. Das ist zwar nur eine Formalität, aber natürlich wird eine Stadt wie Wilhelmshaven den Teufel tun, so eine Versicherung abzugeben. Zu den bürokratischen Fallen, die die Arbeit des Beirates immer wieder behindern und ad absurdum führen, konnte Herr Leffers nur noch sagen: "Man kann kein Verständnis dafür haben, wie das läuft. Ich kriege das nicht auf die Reihe!" Und so sagte denn Frau Aljets: "Der Beirat wird ver..." - Nein, sie sprach das Wort nicht aus, sie sagte: "Da gibt es so ein Wort."

Am 15. September wird der Beirat sich wieder treffen und dann vielleicht mehr wissen, z. B. darüber, was aus dem städtischen Prüfauftrag geworden ist, mit dem festgestellt werden soll, ob der Platz in private Hände geht.

Jonathan



Naturkost

### Unser Bio-ABC:

Ayurvedische Tees, Braunhirse, Camembert, Dinkel, E'sener Brot, Flohsamen, Grüntee, Honig, Ingwer, Jasminreis, Kamut, Lavaerde, Mango(ld), Naturkosmetik, Olivenöl, Pesto, Quittensaft, Rucola, Schafsjoghurt, Tofu, Ursäfte, Vanille, Weine, Xantophylle, Yogitee, Ziegenkäse. Zum Beispiel ...

Wilhelmshaven, Marktstraße 94, Tel.+Fax: 04421/13438

# Eine Frage der Umgangsformen

## Im Kampf gegen schrumpfende Städte ist Kreativität gefragt

(iz) In einer bundesweiten Demographiestudie, die im Mai von GEO veröffentlicht wurde, bildet Wilhelmshaven das Schlusslicht aller niedersächsischen Landkreise und kreisfreien Städte. Bundesweit hat mehr als Viertel aller Regionen die Note 4 und schlechter. Wir haben geschaut, wie man in Wilhelmshaven reagiert und wie man andernorts mit den Problemen umgeht.

### 1. Angriff ist die beste Verteidigung

In Wilhelmshaven heißt es von offizieller Seite: Nicht die Arbeit im Rathaus sei schuld an der schlechten Bewertung unserer Stadt, sondern die Studie. Der bis 2020 prognostizierte Bevölkerungsschwund um mehr als 15% basiere auf falschen Berechnungen des Landesamtes für Statistik. Auch dass sich, laut Studie, je 100 kleine Wilhelmshavenerinnen um 48 Kindergartenplätze prügeln müssen, wurde angezweifelt - bislang ohne Gegenbeweis.

Hand aufs Herz: Ist das Feilschen um eine Schulnote besser oder schlechter das Mittel der Wahl gegen Trends, die auch ohne die Studie auf der Hand liegen? Und wem nützt es, das Image der Stadt durch Argumente zu "verbessern" statt zu handeln?

Insgesamt 22 Indikatoren wurden für die Gesamtnote herangezogen, die alle in Ursache und Wirkung miteinander vernetzt sind. Statt Einzelwerten muss das ganze System durchleuchtet werden. Soll die Stadtverwaltung sich jetzt beliebig lange damit beschäftigen, die Studie zu zerpfücken mit dem Ziel, sie madig zu machen? Oder besser diesen nicht unbeträchtlichen Zeitaufwand für Wege aus dem Dilemma nutzen?

### 2. Wir waren schon immer klüger

"Wir brauchen die GEO-Studie nicht!", verkündet SPD-Cheerleader Siegfried Neumann. Er selbst habe schon seit Jahren auf die Probleme hingewiesen und in der Verwaltung würde längst an Lösungen gearbeitet. Wie unvorsichtig von ihm. Statt die Studie als Chance zu begreifen, bescheinigt er seiner Mehrheitsgruppe und auch der in ihrem Auftrag arbeitenden Verwaltung, bereits ihr Bestes gegeben zu haben - ohne sichtlichen Erfolg. Sackgasse. Jeder spricht mal, bevor er denkt. Also: Schwamm drüber.

### 3. Blinder Aktionismus

Obwohl gemäß Nr. 1 und 2 nicht erforderlich, startet Oberbürgermeister Menzel Ende April sofort seine "Aktion Zukunft für die Stadt". In Form der Anordnung einer vorläufigen (d. h.

streng geprüften) Haushaltsführung. Im Mittelpunkt steht jetzt die Verbesserung der städtischen Infrastruktur. Prinzipiell ein guter Anfang, denn: Mit sinkender Zahl an Einwohnern und damit städtischen Einnahmen wird die Infrastruktur ausgedünnt, was die Lebensqualität schmälert und weitere BürgerInnen aus der Stadt treibt. Wo Nahverkehr, Postämter, Schulen, Schwimmbäder oder wohnungsnah Einkaufsmöglichkeiten fehlen, herrscht bald tote Hose.

Wo gespart werden soll, um mit guter Infrastruktur die Leute hier zu halten und neue anzuziehen, wurde bislang nicht verraten.

### 4. Alter Wein in neuen Schläuchen

Wohl aber, was Menzel für wichtig erachtet: Sanierung eines Teils der Marktstraße Ost und der Emsstraße, bessere Cityanbindung an den Hafen und die Hafentorbrücke als Zufahrt zum geplanten Gewerbegebiet Schleuseninsel - und natürlich den JadeWeserPort.

Alles olle Kamellen, die teilweise seit Jahren die WZ füllen. Sind Straßen und Gewerbeflächen das, was BürgerInnen unter Lebensqualität verstehen? Z. B. jene, die sich jetzt noch auf der Schleuseninsel erholen oder dort sogar einen Freizeitgarten haben, sicher nicht.

### 5. Halali zur Bürgerjagd

Schon vor Veröffentlichung der Studie war der Aufbau einer Neubürgeragentur begonnen worden. Zielgruppe sind die etwa 9.000 Einpendler. Man will ihnen Angebote unterbreiten, sich hier auch niederzulassen statt nur zum Arbeiten herzukommen. Das ist von der Stadt Bremen abgesehen, die so binnen zwei Jahren über 300 NeubürgerInnen gewonnen hat. Wären die 9.000 also in nur 60 Jahren zu schaffen.

Mitte April startet die Stadt eine überregionale Marketingkampagne, zunächst im gesamten nördlichen Weser-Ems-Gebiet, als Auftakt für eine bundesweite Anzeigenserie, "durch die Art ihrer Gestaltung auch eine Imagewerbung für Wilhelmshaven als Wohnort" (Pressemitteilung der Stadt vom 16.4.). Große Versprechungen und ein Eigenheimchen am Stadtrand reichen aber nicht aus, es muss auch Butter bei die Fische: Erholungs-, Freizeit-, Bildungs-, Kulturangebote. Kindergärten, Schulen, Spielplätze. Lässt das Engagement nach, sobald man die Menschen sicher im Melderegister hat, fühlen sie sich geneppt und der Schuss geht nach hinten los. Man sollte nichts versprechen, was man nicht halten kann.

Und realistisch bleiben: Einwohnerverlust durch Wegzug und Geburtenmangel sind bundesweite Trends, und damit auch der Kampf um NeubürgerInnen. Warum sollten umzugsfreudige Deutsche ausgerechnet nach Wilhelmshaven strömen?

### 6. Den Stier bei den Hörnern packen

"Eine Verurteilung kann und soll dies nicht sein, wohl aber Orientierungshilfe, Trendbericht mit Frühwarnfunktion, Anstoß zur Diskus-

sion" erklärt GEO-Chefredakteur Peter-Matthias Gaede im Vorwort zur veröffentlichten Statistik. Der Anregung folgend forderte die FDP-Fraktion im Rat der Stadt eine Analyse und einen Handlungskatalog bezüglich des Bevölkerungsrückganges in Wilhelmshaven. Was die Mehrheitsgruppe unter den eingangs erwähnten Argumenten (Studie ist falsch und wir arbeiten sowieso längst dran) ablehnte.

Vierteljährlich legt die Stadt ihren "Stadtistik-Report" vor. Ein erster Ansatz wäre, die erfassten Bevölkerungsdaten noch detaillierter, etwa nach Alter, Geschlecht und Nationalität aufzuschlüsseln. So könnte man Problemgruppen besser erkennen und gezielter ansprechen. Z. B. verlassen bundesweit gerade junge, qualifizierte Frauen sozial schwache Regionen, da sie von Arbeitslosigkeit noch stärker betroffen sind als Männer. Ist dieser Trend in WHV durchschnittlich, stärker oder schwächer? Muss man sich vielleicht in Form bestimmter Angebote auf diese Gruppe konzentrieren, damit sie hier bleiben, Familien gründen, Kinder bekommen?

Der Ort Tifflingerode (Harz) lockt mit Babyprämien und Babysitting durch den Bürgermeister. Sollte auch Eberhard Menzel noch mal den Umgang mit Windeln und Schnuller trainieren? Zumindest ist es ein Anstoß, mit ungewöhnlichen Ideen zu arbeiten.

### 7. Die Zielgruppe befragen

Unsere lokalen Meinungsmacher aus Politik, Verwaltung und Tagespresse glauben stets zu wissen, was die BürgerInnen von einer lebenswerten Stadt erwarten. Für Siegfried Neumann (schon wieder! Der weiß es nun mal immer am besten) sind es vor allem Arbeitsplätze. Klar sind die wichtig, aber bis in Deutschland wieder Vollbeschäftigung herrscht, also etwa während der nächsten 100 Jahre, muss man die Leute auch so bei Laune halten. Auch Kinder, Jugendliche, Alte, Hausfrauen und -männer.

Bauausschussvorsitzender Norbert Schmidt hat bei den dringend benötigten Zuwanderern Bauwillige im Visier. WZ-Schmid pflichtet ihm bei: "Zuwanderer wollen nicht unbedingt in eine der leerstehenden Wohnungen in der Südstadt ziehen, sondern aus einem Angebot an preiswerten Grundstücken ihre Wahl treffen." (WZ 27.3.2004) "Nicht unbedingt" heißt, er weiß es nicht genau. Wir übersetzen es mal anders: Wenn man die richtigen Bedingungen schafft, lässt sich auch die Innenstadt wieder beleben.

Fragen wir doch mal die Menschen, welche Bedingungen sie vorfinden möchten. Tatsächlich plant die Stadt eine Fragebogenaktion, deren Ergebnisse allerdings nur so gut und hilfreich sind wie die gestellten Fragen. Ganz wichtig: Was ist für die hier lebenden, nach WHV oder aus der Stadt weg ziehenden Menschen Lebensqualität? Was erwarten sie von ihrem Wohnumfeld? Es reicht nicht, Kunden der Nordseepassage zu befragen, warum sie hier sind (was positive Antworten erwarten lässt). Wichtig wäre zu wissen, warum Leute im Umland shoppen gehen, statt ihre Kaufkraft hiesigen Händlern zu widmen. Und ob die fest geplante "maritime" Pflasterung und Beleuchtung von 200 Metern Marktstraße sie in die Stadt zurückholen wird. Was Menzel schick findet, muss nicht zwingend den Geschmack und die Bedürfnisse seiner WählerInnen treffen.

### 8. Mit dem Schrumpfen leben

"Das menschliche Leben beginnt jenseits

## Rechtschreibwerkstatt

Anette Nowak  
Legasthenietherapie  
Lese-/Rechtschreibtraining  
Diagnose und Beratung  
Auskunft und Anmeldung  
04421 - 99 64 70

der Verzweiflung“, sagte Jean-Paul Sartre. Sagt heute Bernhard Reuter, Landrat des Landkreises Osterode. Der hat in Niedersachsen die schlechteste Bevölkerungsprognose (Platz 47, WHV 46). Reuter plant nicht, „in den sich vollziehenden demographischen Wandel einzugreifen oder sogar zu versuchen, ihn umzukehren.“ Statt dessen: „Rückbau, zusammenlegen, ausdünnen, wo immer es geht. Das heißt Schließung von Schulen, Theatern, Freibädern, Sporthallen ...“ Genau das wird in Wilhelmshaven auch getan - aber gleichzeitig wird hier das Ziel verfolgt, die Bevölkerungszahl anzuhängen. Quadratmeter des Kreises. Reuter ist zwar nicht besser dran, aber realistischer.

## 9. Freiraum statt Dichte

1965 beschrieb Alexander Mitscherlich die „Unwirtlichkeit unserer Städte“. Heute zieht, wer es sich leisten kann, in ein Einfamilien-, Doppel- oder zumindest Reihenhäuser am Stadtrand, während die Innenstädte immer weiter veröden. Wenn es so weitergeht, sind unsere Städte bald ringförmig mit totem Kern.

Staatliche Förderungen wie Eigenheimzulage und Pendlerpauschale haben diese Entwicklung gefördert. Erst seit 2004 werden gebrauchte Immobilien in gleicher Höhe gefördert wie Neubauten. Die Pendlerpauschale wurde gekürzt und für ÖPNV- und Fahrradnutzer aufgewertet. Möglicher Beginn einer Trendwende. Trotzdem steht durch die Angst vorm Rentenloch die eigene Immobilie als Altersvorsorge wieder hoch im Kurs. Doch ist sicher, dass jemand das Einfamilienhaus im Maadebogen in 20 Jahren abkaufen wird?

In Wilhelmshaven werden weiterhin Neubausiedlungen geplant, als würde bis 2020 die Einwohnerzahl deutlich zunehmen statt absinken. Trotz Erkenntnis, dass es „nicht nur in Wilhelmshaven Kritik an der Zersiedelung durch die Ausweisung immer neuer Wohnflächen“ gibt (Max Schmidt, WZ v. 27.3.04). Aus ökologischer Sicht wird das dem Rat (mit Ausnahme der Ratsherren Tjaden und von Teichman) erfahrungsgemäß wurst sein. Aber Zersiedelung hat auch ökonomische Folgen: Neue Verkehrseinrichtungen, Begleitgrün, Ver- und Entsorgungsstränge, die unterhalten sein wollen. Mehr Verkehr. Neue Billigdiscounter auf der grünen Wiese, die den Einzelhandel der Innenstadt ausbluten und Arbeitsplätze killen. Längere Wege zu Schulen, Kindergärten, Schwimmbädern. Höherer Verwaltungsaufwand.

Im Rahmen des Programms „Stadtumbau Ost“ haben Leipziger Stadtplaner das Leitbild der „perforierten Stadt“ entwickelt: Mehr Freiraum statt Dichte. Andernorts werden ungenutzte Flächen als Mietergärten oder Spielwiesen genutzt. Historisch war Wilhelmshaven mal perforiert, schon aus kriegstaktischen Gründen gab es ursprünglich nur Satelliten-Stadtteile. Heute wird jede innerstädtische Freifläche schnell als Baulücke identifiziert. Da muss ein Parkplatz draus werden - wie aus dem kleinen Biotop Ebert-/ Ecke Gökerstraße. Da muss ein Haus drauf gebaut werden - wie auf der Wiese am Bontekai zwischen Virchow- und Neckarstraße. Avantgardistisch, passt zur umgebenden historischen Architektur wie Gummistiefel zum Minirock. Sechs solcher Blöcke waren ursprünglich geplant. Der erste gleich an der einzigen Ecke, wo zwei große alte Bäume standen. Über ein Jahr nach der Fertigstellung hat noch nicht mal die Hälfte der Wohnungen einen Besitzer gefunden. Ehe man weitere solcher Experimente

genehmigt, sollte man sich bemühen, Dutzende leer stehender Altbauten wieder zu füllen. Neumann (schon wieder) hatte mal die Idee, sie abzureißen und durch Klinker-Mehrfamilienhäuser zu ersetzen. Kein Kommentar.

## 10. Kleinere Brötchen backen

Das Thema Schrumpfung „übersteigt den Horizont von Wahlperioden und widerspricht allen Wohlstandsversprechen“ (GEO). Das führte in der Politik zu einer „lange praktizierten Erkenntnisverweigerung“ (Heinrich Mäding, Leiter des deutschen Instituts für Urbanistik). Auch in Wilhelmshaven, aber nicht überall. „Den Osten finden Sie hier auch“ räumt der Gelsenkirchener Kämmerer Rainer Kampmann ein. Tatsächlich leuchten die in der GEO-Karte blau dargestellten Schrumpfungsbereiche in größeren Zusammenhängen vorwiegend in den neuen Ländern und im Ruhrpott. Auch Südniedersachsen und Teile des Saarlandes sind betroffen. Und Wilhelmshaven.

In der Prognose bis 2020 breitet sich der Blauton wie ein Virus über die Republik aus und nimmt in Wilhelms- und auch Bremerhaven eine dunklere Schattierung an.

Was ist den betroffenen Gebieten gemein? Neben einer geografischen Randlage eine ehemals einseitige Wirtschaftsstruktur. Im Osten das nach der Wende zusammengebrochene sozialistische Wirtschaftssystem, im Ruhrpott und im Harz der Bergbau, an der Küste Werften und Hafengewirtschaft. In Wilhelmshaven im Besonderen die deutsche Kriegsindustrie. Ohne die hätte sich kaum jemand für den ehemaligen Sumpf im letzten Winkel des Landes interessiert. Auch die A29 ist bis heute eine der gemütlichsten Autobahnen Deutschlands. Soll heißen: an der ungünstigen Lage der Stadt kann niemand etwas ändern. Und so lange sie durch Kriegspläne, später auch durch die Olympia-Werke mit Tausenden Beschäftigten blühte, dachte keiner daran, die Existenz der Stadt bzw. ihrer BürgerInnen neu zu definieren und auf breitere Füße zu stellen.

Als es soweit war, darüber nachdenken zu müssen, klammerte man sich in Panik an jedes mögliche Standbein: Sowohl Großindustrie als auch Tourismus, sowohl Nordseepassage als auch Filialdiscounter am Stadtrand, und jeder Investor wird bis heute mit Handkuss genommen, ohne zu überlegen, dass sich Nutzungs- und damit Erfolgskonflikte ergeben können. Es gibt kein typisches, gelenktes Stadtbild, es gibt keine Identität. Mangels sichtbarem Konzept (außer: „wir wollen und nehmen alles!“) hat die Stadt kein „Image“, so oft es auch beschworen wird, und das penetrant zitierte „maritime“ Image schlägt sich letztlich nur als böse blaue Farbe auf der Prognosekarte nieder.

Vielleicht ist Wilhelm an allem schuld. Vielleicht konnte es hier gar nicht anders laufen, als es nun mal gelaufen ist. Ohne ihn hätten sich aus den paar Wurtensiedlungen, die er hier vorfand, vielleicht bis heute ein schnuckeliger Kutterhafen und ein paar romantischer Feriendörfer entwickelt.

Unsere Politiker sollten realistisch bleiben. Es gibt Dinge, die sie nicht ändern können: Die Lage der Stadt, die geschichtlichen Wurzeln der Stadt. Auch fehlt es ihnen an Kreativität und Durchhaltevermögen. Wie viele hoch aufgehängte Konzepte sind schon in der Schublade verschwunden. Wieviel Kreativität aus der Bürgerschaft wurde schon durch Arroganz, Formalismus und individuel-

le Interessen getötet. Mit Kühen ringsum statt Hornbach.

Vielleicht sind unsere Lokalpolitiker auch einfach so alt. Eine Stadt, der es deutlich an Kindern und Frauen fehlt, wird von Männern um die 60 regiert.

Nein, viel wird in Wilhelmshaven in den nächsten Jahrzehnten nicht passieren. Man muss es sich nur eingestehen, kleinere Brötchen backen, dann kann man gut damit leben. Die Hoffnung darf man nie aufgeben, doch jedes weitere überzogene, nie einlösbares Versprechen tötet sie Stück für Stück.

*Es gibt noch viele Aspekte und Details der Demographiestudie und ähnliche Untersuchungen zum Thema, die für die Entwicklung Wilhelmshavens interessant sind. Wir werden uns in weiteren Ausgaben damit beschäftigen*

### Zum Beispiel Gelsenkirchen

Gelsenkirchen ist mit der Gesamtnote 4,86 Schlusslicht in Nordrhein-Westfalen. Oberbürgermeister Oliver Wittke, 36 Jahre jung, packt Arm in Arm mit Kämmerer Rainer Kampmann die Probleme an, die sich seit den Zechenschließungen 1976 aufstauen. Fast ein Drittel der Einwohner hat die Stadt seitdem verloren. Wittke will die Menschen und damit das Leben wieder vom Stadtrand ins Zentrum holen. Er ließ Bürger interviewen, die aus der Stadt weggezogen waren. Die meisten hätten ein besseres Wohnumfeld in der Stadt gehalten. Gesagt, getan. Eine ehemalige Zeche wurde in einen Park verwandelt, im Maschinenhaus ein Kindertheater eingerichtet. Eine Gesamtschule aus Holz, Glas und (Wasser-)gärten wurde von den SchülerInnen mitgeplant. Auf einer ehemaligen Halde entstanden ein Skulpturengarten und ein gläserner Wissenschaftspark.

In Wilhelmshaven soll z. B. die Südzentrale abgerissen und die Fläche mit Kühlhäusern bebaut werden, statt das historische Gebäude umzunutzen. In Gelsenkirchen bot eine Wohnungsbaugesellschaft Häuser zum Selberbauen an. Zusätzlich entstand eine Solarsiedlung mit 72 Reihenhäusern. Auch Kampmann wohnt dort. In Wilhelmshaven wollte Ende der 90er Jahre eine Gruppe sozial und ökologisch engagierter BürgerInnen eine Okosiedlung errichten. Auf einem nicht mehr benötigten Stück Friedhofserweiterungsgelände. Geplant waren bedarfsgerechte Wohnraumzuschnitte für verschiedene Generationen und Lebensentwürfe. Gemeinsam, also effektiv genutzte Freiflächen. Gemeinsame, auch für Bewohner umliegender Stadtteile nutzbare Infrastruktureinrichtungen. Car-Sharing. Die Möglichkeit, sich in der Gemeinschaft wohl zu fühlen oder in ruhigere Bereiche zurückzuziehen, zum Beispiel für alte Menschen. Da wolle sich eine Elite auf ihre Insel zurückziehen, hetzten damals Konservative. Die Planungen wurden nicht genehmigt. Heute wohnt auf der Fläche eine Elite, die sich Villen auf Riesengrundstücken leisten kann.

In Gelsenkirchen will man Hauseigentümer motivieren, ihren Bestand zu sanieren, Wohnungen zusammenzuliegen, Höfe zu entkernen. In Wilhelmshaven heißt es, man käme an die oft auswärts lebenden Eigentümer nicht heran. So bleibt bei denen der schwarze Peter, bis die Abrissbirne droht.

Kampmann finanziert seinen Stadtumbau durch Aktien, Leasing und anderes privatwirtschaftliches Engagement. „Weniger Verkehrslärm, reinere Luft, mehr Grün. Eine derart verschlankte Stadt könnte eines Tages auch wieder Menschen anziehen.“

Von einer zukunftsweisenden und bürgernahen Stadtplanung ist Wilhelmshaven noch weit entfernt. Einzig die Wohnungsbaugesellschaften machen sich Gedanken, wie sie ihren Bestand durch Zusammenlegung, Gärten, Gästewohnungen u. ä. den Bedürfnissen potenzieller Bewohner anpassen können. (iz)

# Busemann ist toll (findet Busemann)

## Sehr von sich überzeugt präsentierte sich der Kultusminister in Wilhelmshaven

(noa) Am 13. Mai trat Bernd Busemann, CDU-Kultusminister des Landes Niedersachsen, auf einer Informationsveranstaltung des Stadtelternrates auf. Vor der Veranstaltung sprach er mit der "WZ".

"Jetzt geht's aus dem Pisa-Tal", lobte der Minister seine Schulreform (WZ vom 14.05.) in dem Pressegespräch. Dass wir dazu nicht auch eingeladen waren, lag bestimmt nicht daran, dass der Kultusminister den Gegenwind nicht kennen würde: Als Einleitung zu seiner Rede in der Aula des GaM (Gymnasium am Mühlenweg) hielt er ein Exemplar des Gegenwind hoch, zitierte unsere Überschrift "Buhmann Busemann" und erzählte, er habe nachgeschlagen: "Buhmann" heiße einerseits "Schreckgespenst", andererseits "Prügelknabe"; er hoffe, dass er nicht das Schreckgespenst für die Eltern sei und der Prügelknabe des Finanzministers werde.



Danach war aber schon Schluss mit Spaß. Eine Stunde lang erläuterte Busemann die Schulreform und sagte all das noch einmal, was er auf der Sitzung des Landeselternrates schon gesagt hatte. Das steht im Gegenwind Nummer 198 auf Seite 7 schon genau und wird hier nicht wiederholt. Hier soll es darum gehen, Busemanns Denken unter die Lupe zu nehmen.

Der Wahlsieg der CDU im Februar 2003 war "ein deutliches Wählervotum" für die Schulreform, sagt er. Soviel stimmt: Diejenigen, die es wissen wollten, konnten wissen, welche Schule sie wählen, wenn sie CDU wählen. Da aber die von der SPD-Regierung geplante Schulreform sich von dieser kaum unterscheiden hätte, kann man aus dem Wahlergebnis nicht unbedingt ableiten, dass alle begeistert sind über das, was jetzt aus Niedersachsens Schulwesen wird. Einen weiteren "Beweis" für die "breite Zustimmung" zu seiner Reform sieht Busemann darin, dass in ganz Niedersachsen keine einzige Orientierungsstufe das mögliche zusätzliche Jahr beantragt hat.

Zum Stellenwert von Schul- und Bildungspolitik sagte er: "Unser einziger Rohstoff ist unser Hirn", und es bedürfe dauerhafter Anstrengungen, um aus dem Pisa-Tal rauszukommen. Die Ergebnisse Deutschlands im Vergleich der Schulleistungen seien katastrophal (da hat er Recht), und Niedersachsen belegt den viertletzten Platz unter den deutschen Bundesländern. Interessant ist die Logik seiner nächsten Sätze: Die Plätze eins bis drei in Deutschland belegen Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen, und das sind bürgerlich geführte Länder. Ist also eine CDU-Regierung ein Heilmittel für Schulen?

"Das ist, als vergleiche sich die Kreisliga mit der Bezirksliga statt mit der Bundesliga", sagte uns vor einigen Wochen ein Wilhelmshavener Schulleiter (sh. Gegenwind 197, "Alles im Griff?") unter Bezug auf solche Vergleiche.

Seit der Pisa-Studie geistert ein Vergleich durch die Schulstrukturdebatte. Finnland hat viel besser abgeschnitten als Deutschland, und in Finnland werden alle Kinder gemeinsam unterrichtet. Also, so wird geschlossen: Gesamtschulen sind besser für die Schulleistungen. Zwar bezieht sich Busemann auf die Pisa-Studie, doch eine Vergleichbarkeit mit Finnland lehnt er ab. Was sagte er in Wilhelmshaven dazu? "Finnland hat viel kleinere Schulen als Deutschland." Und: "In Niedersachsen gab es seit 1946 immer ein gegliedertes Schulwesen."

Man stelle sich vor, ein Unternehmen holt sich einen Unternehmensberater, der sämtliche Schwachstellen des Betriebes aufzeigt und Vorschläge zur Verbesserung macht - und der Chef sagt: "Das haben wir aber schon immer so gemacht." (Zugegeben, der Vergleich hinkt: Die Landesregierung hat niemanden gefragt, wie Schule besser gemacht werden könnte.)

Die "WZ" war auch bei der Veranstaltung und bekommt den Eindruck, Busemann "stößt bei den versammelten Eltern und Lehrern überwiegend auf Zustimmung." Das hat der Gegenwind anders wahrgenommen. Zwar wurde Busemann nicht ausgebuht (was eine schöne Überschrift gegeben hätte), aber Kritik gab es reichlich: Wenn die Leiterin einer integrativen Grundschule beklagt, dass sie nach den Kürzungsplänen zu wenige Lehr- und Betreuungskräfte haben wird, wenn ein Elternvertreter sagt, dass zusammen mit dem ersten Abiturjahrgang nach Klasse 12 gleichzeitig einer, der 13 Jahre gebraucht hat, auf den Markt entlassen werden wird, wenn eine Elternsprecherin die Verlängerung der Grundschule auf sechs Jahre besser fände als die Dreigliederung schon ab Klasse 5, wenn dem Minister entgegengehalten wird, dass die Selektion nach Klasse 4 viel "Rohstoff Hirn" auf der Strecke lässt, weil Kinder mit Lernstörungen aussortiert werden, wenn die Forderung nach weiteren Gesamtschulen vertreten wird - dann ist das Kritik.

Und wie bringt es Busemann fertig, die Kritik nicht wahrzunehmen und sogar den Pressevertreter glauben zu machen, es habe keine Kritik gegeben? Das Problem mit dem Personalmangel an Körperbehindertenschulen sei ihm bewusst und er behalte es im Blick, in Sachsen habe es damals kein Problem mit der doppelten Abiturientenmenge gegeben, aber vorsichtshalber könne man den letzten 13-jährigen Abiturienten ja ein Kurzschuljahr verpassen, sechsjährige Grundschulen gingen nicht aus finanziellen Gründen und weil dann ein Abitur nach 12 Schuljahren nicht mehr möglich wäre, um

die Lerngestörten wolle er sich kümmern, und die IGS Wilhelmshaven solle mal überprüfen, ob sie nicht auf neun Züge erweitern könne, dann müsse man keine weiteren IG-Sen fordern.

Dieser letzte Punkt hatte inzwischen ein Nachspiel in der "WZ": IGS-Leiter Hildebrandt stellte klar, dass die ursprünglich genehmigte Neunzügigkeit im Jahre 1980 nach Einführung der Oberstufe vom damaligen Kultusminister Remmers auf sieben Züge reduziert worden ist und mit dem einen - aus guten Gründen - ungenutzten Zug die enorme Nachfrage nach Gesamtschulplätzen nicht erfüllt werden könnte - was Busemann weiß! (WZ vom 19.05.) CDU-MdL Uwe Biester sprang prompt "seinem" Kultusminister zur Seite: Hildebrandt und andere 'Gesamtschulveteranen' führten eine ideologisch motivierte Debatte, die aber durch die Schulreform beendet sein sollte. Dass die IGS Wilhelmshaven die Erlaubnis zur Erweiterung auf neun Züge schon lange nicht mehr hat, bestritt Biester in seiner Presseerklärung nicht. (WZ vom 22.05.) Man kann ja aber mal ein bisschen Nebel machen. -

Eine Frage, die niemand stellte, beantwortete Busemann auch so: "Faktisch auf dem Weg zur Ganztagschule" ("WZ" vom 15.05.04) sei man mit der "Abi12"-Idee: In den Gymnasien muss Unterricht in die Nachmittagsstunden gelegt werden, um ein Schuljahr einzusparen, das käme doch der Ganztagschule schon nahe - für wen die Ganztagsbeschulung aber dringend gefordert wird, sind nicht gerade die Gymnasiasten.

Irgendwann während des Frage- und Antwort-Spieles wurde es dann doch noch einmal "spaßig": Auf die Bemerkung eines Elternvertreters, die Reform sei reichlich überstürzt gewesen, sagte Busemann, bei einer Abschaffung des Linksverkehrs in England werde man auch nicht im ersten Jahr die Radfahrer, im zweiten die Autos und im dritten die Busse auf die rechte Spur schicken.

Die Struktur dieser Veranstaltung verhinderte, dass es lebhafter werden konnte: Nach dem ministeriellen Vortrag konnten drei Menschen eine Frage stellen, Busemann beantwortete sie (oder auch nicht), drei weitere Fragen, drei weitere Antworten usw. - die tatsächliche Stimmung wurde, wenn überhaupt, erst im grüppchenweisen Gespräch nach 21 Uhr auf dem Schulhof und in Gesprächen in den folgenden Tagen spürbar: "Betriebsstunden statt Mathe und Deutsch in der Hauptschule - will der unsere Kinder total verdammen?", "Der hat uns platt geredet", "Die Wahl war eine Protestwahl gegen die SPD, aber keine für so eine Schulreform", "Wir müssen jetzt eben das Beste daraus machen" und Ähnliches war zu hören.

**TRIANGEL**  
second-hand-shop

An- und Verkauf von  
Schallplatten und CD's  
HiFi-Komponenten, Literatur + Comics  
u.v.m.  
Bahnhofstr. 7 \* 26382 Wilhelmshaven  
Tel.: (04421) 4 21 84



# Von wegen breite Zustimmung!

## Busemann bekommt ziemlich viel Wind von vorn

Der Stadtelternrat Wilhelmshaven hat am 11. Mai 2004 auf seiner 3. Vollversammlung beschlossen, sich einer landesweiten "Volksinitiative für Lernmittelfreiheit und freie Schülerbeförderung" anzuschließen. Mit Auslieferung der Unterschriftenlisten werden über die Schulleiternräte, aber auch über andere Personen Unterschriften für die Durchsetzung der Volksinitiative gesammelt. Wir geben hier die Pressemitteilung der Volksinitiative wieder:

Der Landeswahlleiter Karl-Ludwig Strelen hat am Mittwoch, dem 2. Juni 2004, in Hannover die Volksinitiative für Lernmittelfreiheit und freie Schülerbeförderung zugelassen und sein Dienstsiegel unter den Original-Unterschriftenbogen gesetzt. Mit der Zulassung der Volksinitiative kann die Sammlung der Unterschriften beginnen. Etwa die Hälfte aller niedersächsischen Kreiselterneräte und Stadtelternräte hat sich bislang für eine aktive Beteiligung an der Volksinitiative - viele einstimmig - ausgesprochen. Die anderen Kreis- und Stadtelternräte wollen auf ihren nächsten Sitzungen entscheiden. Ein Novum ist die Koordination der Volksinitiative über einen e-Mail-Verteiler aller niedersächsischen Kreiselterneräte und Stadtelternräte der kreisfreien Städte. Druck und Verteilung der Unterschriftenbögen sowie das Sammeln der Unterschriften wird nicht zentral, sondern von den Kreis- und Stadtelternräten vor Ort organisiert werden.

Die Volksinitiative hat ein Jahr Zeit, mindestens 70.000 Unterschriften zu sammeln. Nach dem niedersächsischen Volksabstimmungsgesetz werden Vertreter/innen der Volksinitiative in öffentlicher Sitzung vor dem zuständigen Ausschuss des Landtages angehört. Danach fasst der Landtag zum Gegenstand der Volksinitiative einen Beschluss.

Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Volksinitiative für Lernmittelfreiheit und freie Schülerbeförderung stellen folgenden Antrag:

**"a) Der niedersächsische Landtag möge ein Gesetz beschließen, mit dem die zum Ende des Schuljahres 2003/2004 abgeschaffte Lernmittelfreiheit wieder eingeführt wird.**

**b) Im Übrigen möge der Landtag durch**

**die Schaffung oder Beibehaltung gesetzlicher Regelungen sicherstellen, dass die Mittel für die Schülerbeförderung auch zukünftig nicht zu Lasten der Eltern gekürzt werden.**

**Begründung:** Die zunehmende Privatisierung von Bildungskosten ist sozial- und familienpolitisch ungerecht. Eltern mit geringerem Einkommen zahlen einen größeren Anteil ihres Einkommens für die Bildung ihrer Kinder als Eltern mit höherem Einkommen. Bürgerinnen und Bürger ohne Kinder sind von der zunehmenden Privatisierung von Bildungskosten in den Grund- und weiterführenden Schulen nicht betroffen.

Schon vor der Abschaffung der Lernmittelfreiheit trugen die Eltern finanziell beträchtlich zu den Bildungskosten bei. Die ohnehin nur auf die reinen Schulbücher beschränkte Lernmittelfreiheit musste von den Eltern noch ergänzt werden durch die Anschaffung von Arbeitsheften, Mal-

## Ohne Moos nix los?

Bei uns wird getauscht und nicht bezahlt

**Tauschring Wilhelmshaven**

Kontakt-Tel. 04421 23339

<http://www.tauschring-whv.de>

Schreibzubehör, Taschenrechnern, Lektüre, Atlanten sowie Beiträge zu Kopierkosten, Ausflügen, Schulsport, musisch-kulturellen Schulveranstaltungen, Arbeitsgemeinschaften, Nachhilfe etc. Hierzu kommen meist regelmäßige freiwillige Spenden, z.B. für die Schulfördervereine. Die Eltern übernehmen nicht nur zunehmend Kosten im Rahmen des Schulbesuchs ihrer Kinder, sondern fangen auch noch durch ehrenamtliches Engagement Einsparungen des Landes und der Kommunen in den Schulen auf (z. B. Klassenraumrenovierungen, Schulhofgestaltungen, Schulbüchereien, Betreuung). Eine weitere Privatisierung von Bildungskosten - wie die zum Ende des Schuljahres 2003/2004 abgeschaffte Lernmittelfreiheit und die drohenden Kürzungen bei der Beförderung von Schülerinnen und Schülern - belastet Eltern und Kinder in unzumutbarer Weise.

Negative Auswirkungen auf die Bildungsbeteiligung sind zu erwarten. Weitere Einsparungen im Schulwesen entmutigen die Schüler/innen, Lehrer/innen und Eltern und tragen nicht zu besseren Bildungsergebnissen bei."

Entgegen anders lautenden Behauptungen des Kultusministeriums hat der Landeselternrat der Abschaffung der Lernmittelfreiheit **nie** zugestimmt. Der Landeselternrat war genötigt, der entgeltlichen Ausleihe von Lernmitteln vorerst zuzustimmen, **da es die einzige Möglichkeit zur Entlastung der Eltern war, die der niedersächsische Kultusminister Bernd Busemann zulassen wollte.** (Hervorhebungen in diesem letzten Abschnitt von der Gegenwind-Redaktion)



## Nicht ernst genommen?

Die Elternvertreterin der Klasse 1b der Grundschule Neuende, Frau Eyssner, nutzte am 13. Mai in der GaM-Aula die Gelegenheit, Herrn Busemann ein Anliegen vorzutragen, das mit der Schulreform, dem eigentlichen Thema des Abends, nichts zu tun hat, mit der Qualität von Schule jedoch sehr viel:

Die Klassenlehrerin der 1b ist eine "Springerin". Sie ist an der Schule eingesetzt für eine Lehrerin, die zur Zeit pausiert. Zu Beginn des nächsten Schuljahres soll sie an eine andere Schule wechseln, und die momentan beurlaubte Lehrerin soll die Klasse übernehmen.

"Die Klasse 1b hat eine liebenswerte, mitfühlende junge Lehrerin, die sich sehr für das Wohl der Kinder einsetzt. Sie ist für ihre Klasse mit vollem Engagement dabei und setzt sich auch für die Kinder ein, die es mit dem Lernen schwieriger haben", so heißt es in dem Brief an den Kultusminister, den Frau Eyssner vorlas und den sie ihm auch übergab. Weiter heißt es in dem Schreiben, dass die Eltern nicht verstehen können, warum man eine Springerin in einer 1. Klasse einsetzt - "... ist man nicht davon ausgegangen, dass sie die Klasse 1b für mehrere Jahre übernehmen soll? ... Gerade in den ersten Grundschuljahren ist es sehr wichtig, ... das Vertraute, das die Kinder aufgebaut haben, nicht (zu) zerstören.

Des Weiteren kommt noch hinzu, dass im Jahre 2006 die Neuender Schule schließen wird. Das bedeutet für unsere Kinder, dass, wenn sie in die 4. Klasse kommen, ein Schulwechsel ansteht. Mit welchen Problemen die Kinder dann konfrontiert werden, ist fraglich. Wird wieder ein Lehrerwechsel anstehen? ...

Wir hoffen, dass die für uns sehr wichtige Angelegenheit ... Gehör findet."

Busemann nahm den Brief entgegen mit der Zusage, sich schnell darum zu kümmern. Bis jetzt hat Frau Eyssner noch nichts von ihm gehört, obwohl sie sicherheitshalber zusätzlich ihr Anliegen auch noch per eMail ans Kultusministerium gesandt hat.

Auch die "WZ", der sie das Schreiben als Leserbrief übergeben hat, nimmt sich des Themas nicht an. Den Eltern kommt es so vor, als nähme man sie nicht ernst. (noa)

## Günstiges Baugeld

Zins p.a.: **4,75 %** bei  
100 % Auszahlung  
Zinssatzfestschreibung: **10 Jahre**  
anfänglich effektiver  
Jahreszins: **4,86 %**

Zins p.a.: **5,20 %** bei  
100 % Auszahlung  
Zinssatzfestschreibung: **15 Jahre**  
anfänglich effektiver  
Jahreszins: **5,33 %**

### Weitere Konditionen auf Anfrage

Ihr Ansprechpartner:

Holger Janßen Tel.: 04421 / 81144



VERSICHERUNGSGRUPPE

# Schandflecken und Schandmäuler

## Die Köpfe der WFG outen sich als Denkmalexperten

(iz) Die Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven GmbH (WFG) scheint ihre Kernaufgabe - Verbesserung der Wirtschaftsstruktur und Entwicklung des Arbeitsmarktes - bereits erledigt zu haben. Derzeit widmet sich ihr Aufsichtsrat nämlich erstaunlichen Dingen: Baudenkmalern.

WFG-Aufsichtsratsvorsitzender Hans-Peter Kramer: "Die Südzentrale ist eine Ruine, ein Schandfleck, der beseitigt werden muss." Gleichzeitig diskreditiert er "Bemühungen einer Initiative ..., die die Südzentrale bewahrt wissen möchte." (alle Zitate aus: WZ vom 22. Mai 2004) Was Kramer wie WZ 'vergaßen' zu erwähnen: Gemeint ist das "Forum Wilhelmshaven", das sind über hundert Menschen, die unter fachkundiger Begleitung von Corinna Janssen über die Südzentrale informieren und für deren Erhalt plädieren. Janssen hat ihre Diplomarbeit im Studiengang "Historisches Kulturgut" diesem einmaligen Industriedenkmal aus der Kaiserzeit gewidmet. Die Ergebnisse hat sie in einer Ausstellung aufgearbeitet, die derzeit in der Christus- und Garnisonkirche zu sehen ist.

WFG-Aufsichtsratsmitglied Lutz Bauermeister unterstellt Frau Janssen, "eine irreparable Ruine zu verherrlichen". Es würde hier "der Öffentlichkeit ein Luftschloss ohne jeden Plan der Finanzierung vorgegaukelt". Anders als seine Vorredner bleibt WFG-Geschäftsführer Wolfgang Frank zwar oberhalb der Gürtellinie, aber nicht ganz bei der Wahrheit: Es sei "20 Jahre lang versucht worden", eine Lösung für das Gebäude zu finden. Das Gebäude stehe in Privateigentum, die Stadt sei "die falsche Adresse für Appelle". Die richtige Version lautet: Die Stadt wäre zwar gesetzlich verpflichtet gewesen, die Eigentümer beim Erhalt des Denkmals zu unterstützen, hat jedoch keine der vorgeschlagenen Nutzungen genehmigt. Die Stadt selbst hat die Abrissgenehmigung für das Gebäude vorangetrieben und dann erteilt. Wozu u. a. der Bezirksdenkmalpfleger in Oldenburg ausgebootet werden musste: Er begutachtete die massive Bausubstanz, trotz 20 Jahren Leerstand, für erhaltenswert.

### Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen

Offiziell ist mal wieder keiner aus Politik und Verwaltung schuld gewesen. Nestbeschmutzer sind nicht jene, die bestimmte Vorgänge in dieser Stadt zu ihren Gunsten beeinflussen, sondern jene, die das aufdecken und an die Öffentlichkeit bringen. "Der WFG-Aufsichtsrat sieht im Zusammenhang mit Kampagnen für den Erhalt des Bauwerks



die Gefahr, dass das Image der Stadt und der Hafenvirtschaft beeinträchtigt wird. ... Dadurch entstehe überregional der Eindruck, Stadt und 'Hafenmafia' unternähmen nichts zur Rettung eines Denkmals."

In den mündlichen und schriftlichen Darlegungen des "Forum Wilhelmshaven" sucht man den Begriff "Hafenmafia" vergeblich, wie sich auch insgesamt die Argumentation des Forums oberhalb besagter Gürtellinie bewegt. Interessant, dass der WFG-Aufsichtsrat die Information über die Existenz einer solchen kriminellen Vereinigung über die Tagespresse in die Öffentlichkeit trägt. Hätte man da sonst drauf kommen können?

Da gab es mal einen großen Artikel mit Foto in der WZ, wo der damalige SPD-Landtagsabgeordnete Wilfrid Adam (heute Geschäftsführer der Hafengebietungs-Gesellschaft) und der hiesige SPD-Chef Siegfried Neumann sich vor Ort trafen mit Horst Bartels, der für seine Firma Nordfrost nordöstlich der Kaiser-Wilhelm-Brücke gem weitere Kühllhäuser errichten möchte. Außer dem Gelände der Südzentrale gibt es dort keine Erweiterungsflächen. Bedeutet "Hafenmafia", dass dies ein konspirativer Ausflug war, der möglicherweise mit der jetzt von der WFG gestarteten Abrisskampagne in Verbindung zu bringen wäre?

### Vor der Kür kommt die Pflicht

Nützlich wäre es jedenfalls, wenn die WFG-Leute sich auf die Dinge konzentrierten, von denen sie - hoffentlich - was verstehen. Teilhaber der WFG sind jeweils etwa zur Hälf-

te die Stadt und die Privatwirtschaft. Im Rat findet die WFG meist dann Erwähnung, wenn die Stadt mal wieder finanziell in die Bresche springen muss: gerade über 90.000 Euro für ein Planungsverfahren, neulich eine Viertel Million für die Ausstellung zum JadeWeserPort, die sich als Besucherflop erwies. (s. "Ratssplitter" im Gegenwind 194 - November 2003). Interessant wäre zu erfahren, welche Aktivitäten die WFG entwickelt, die sich nicht auf den JadeWeserPort beschränken, und vor allem deren Erfolge.

Ob die Denkmal- und Marketingexperten von der WFG wohl mal den Weg in die Garnisonkirche finden? Dort könnten sie viel darüber lernen, was Denkmalschutz bedeutet - und wie man, nein, frau professionell eine richtig gute Ausstellung macht.

## Die Südzentrale

### Eine Ausstellung gegen den Untergang eines Industriedenkmales

*Ausstellungsort: Südschiff der Christus- und Garnisonkirche*

*Dauer: zunächst bis zu den Sommerferien, voraussichtlich auch während der Ferien als zusätzliche Attraktion für Gäste*  
*Öffnungszeiten: die Kirche ist täglich ab 8 Uhr bis 18 bzw. 20 Uhr geöffnet - Eintritt frei*

Corinna Janssen hat ihr Studium "Historisches Kulturgut" mit ihrer Diplomarbeit über die Südzentrale abgeschlossen. Fotos und Fundstücke hat sie mit historischen wie aktuellen Zitaten zu einer Installation zusammengefügt, die in Form und Farbe die Impressionen eines Rundgangs durch das einmalige Industriedenkmal aus der Kaiserzeit widerspiegelt.

Die Ausstellung war zunächst im Marinemuseum zu sehen. Die öffentliche Wirkung wurde dadurch eingeschränkt, dass Interessierte den Eintrittspreis für das ganze Museum bezahlen mussten.

Am 23. April wurde die Installation in der Christus- und Garnisonkirche in Anwesenheit von Pastoren, Kulturfachleuten und interessierten BürgerInnen eröffnet. Die Präsentation in der Kirche bietet mehr als den Vorteil kostenlosen Eintritts. Die andächtige Atmosphäre, die eine Kirche ausstrahlt, spiegelt jene wider, die einen auch beim Betreten der Südzentrale umfängt: Ruhe, Vertrauen, Zuversicht, Beständigkeit, gleichzeitig eine Größe und Macht, in der man sich klein und verloren und gleichzeitig einzigartig und aufgefangen fühlt.

Im Südschiff der Kirche findet die Installation einen eigenen Raum, ein extra eingebautes Fenster im Dach taucht sie originalgetreu in diffuses Licht. Die Kirche bietet Sicherheit vor Störung der Stille, die man benötigt, um Bilder, Objekte und Zitate auf sich wirken zu lassen.

Und noch mehr verbindet die Kirche mit der Südzentrale: Beide sind wichtige Symbole und Zeugen der wechselvollen Geschichte einer jungen Stadt. Verantwortung für die Schöpfung ist auch Verantwortung für den Menschen, für sein Wirken und das seiner Vorfahren.

Das "Forum Wilhelmshaven", das sich dem Erhalt der Südzentrale widmet, erhält von der Kirchengemeinde volle Unterstützung. Im Kirchenbüro ist eine von Frau Janssen erstellte Broschüre zur Südzentrale erhältlich. Der Erlös fließt in vollem Umfang dem Forum Wilhelmshaven zu. (iz)

## WFG Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven GmbH

Eintragung ins Handelsregister am 25.2.2000

Stammkapital: 50.000 DM / 25.564,59 Euro

Gesellschafter:

Stadt Wilhelmshaven 51%, Allgemeiner Wirtschaftsverband WHV-Friesland (AWV) 49%

Aufsichtsrat

Vorsitz: Hans-Peter Kramer, Stellvertreter: Siegfried Neumann

Mitglieder des Aufsichtsrates 2002 u. a. Eberhard Menzel, Uwe Biester, Bernhard Rech (Kreishandwerkskammer OL), Hans-Peter Kramer (Vorsitzender AWW), John-H. Niemann (Präsident WHVener Hafenvirtschaftsvereinigung), Lutz Bauermeister (Hauptgeschäftsführer AWW)

Gegenstand des Unternehmens: Verbesserung der Struktur des Wirtschaftsraumes W'haven durch Entwicklung und Förderung von Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen auf allen Gebieten und Entwicklung des Arbeitsmarktes.

# WFG



# Alle Jahre wieder, und immer weniger

## Informationen zum Wohngeld auf der Mai-Versammlung der ALI

(noa) Frage an Radio Eriwan: Hat das Wohngeld etwas mit dem Arbeitsmarkt oder mit modernen Dienstleistungen zu tun? Antwort: Im Prinzip nicht, seit Hartz aber doch.

Das IV.Gesetz über moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt, kurz "Hartz IV" genannt, hat nicht nur die Arbeitslosenhilfe abgeschafft, sondern gleichzeitig in über fünfzig andere Gesetz und Verordnungen eingegriffen, u.a. in das Wohngeldgesetz. Das war ein Grund für die Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland (ALI), den Leiter der Wilhelmshavener Wohngeldstelle, Herrn Thomas Hein, einzuladen. Am 11. Mai erläuterte er in der Monatsversammlung der ALI das noch geltende Recht und die Änderungen.

Wohngeld wird zur wirtschaftlichen Sicherung angemessenen und familiengerechten Wohnens als Zuschuss zu den Aufwendungen für den Wohnraum geleistet, so heißt es im Wohngeldgesetz (WOGG). Mit gelegentlichen Änderungen gilt das Gesetz seit den 60er Jahren. Die Mittel für das Wohngeld kommen je zur Hälfte vom Bund und dem Land; kommunale Mittel werden also dafür nicht eingesetzt. Das WOGG ist ein Bundesgesetz, dessen Ausführung den Bundesländern obliegt, die ihrerseits diese Aufgabe den Kommunen übertragen haben.

Antragsberechtigt sind alle Personen, die Wohnraum nutzen, egal ob zur Miete oder als Eigentum. Ob Anspruch auf Wohngeld besteht, hängt ab von der Personenzahl, die in der Wohnung/dem Haus wohnt, der Höhe der Miete/Belastung für den Wohnraum und vom Einkommen. Es gibt Tabellen dafür, so dass die Berechnung des jeweiligen Wohngeldes eigentlich keinem Zweifel unterliegen dürfte; doch die Faktoren sind z.T. schwierig zu ermitteln. Anders als viele glauben, spielt die Größe des Wohnraums keine Rolle bei der Berechnung des Wohngeldes.

## Kein Wohngeld für Bezieher von ALG II

"Alle Personen, die ab dem 01.01.2005 Arbeitslosengeld II und Sozialgeld (bisher Arbeitslosenhilfe) erhalten, bei deren Berechnung Kosten der Unterkunft berücksichtigt werden, sind von diesem Zeitpunkt an vom Wohngeldbezug ausgeschlossen. Deshalb erfolgt eine Wohngeldbewilligung nur längstens bis zum 31.12.2004." So informiert die Wilhelmshavener Wohngeldstelle ihre "Kunden" seit Februar auf einem orangefarbenen Zettel.

Das klingt ja auch ganz logisch, oder? Wenn es keine Arbeitslosenhilfe mehr gibt, gibt es keine Menschen mehr, die Arbeitslosenhilfe beziehen, und dann kann es auch keine Arbeitslosenhilfeempfänger mehr geben, die Wohngeld kriegen. (Was beim Wohngeld passieren wird, wenn Bund, Länder und Kommunen die Einführung von ALG II bis zum 01.01.2005 nicht hinkriegen, bleibt abzuwarten.)

Oder: Das ist ganz logisch, denn die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe mit der Sozialhilfe heißt im Klartext: Wer bisher Arbeitslosenhilfe bekam, bekommt dann Sozi-

alhilfe (unter einem neuen Namen, aber das ist es eigentlich) und wird wohngeldmäßig behandelt wie andere Sozialhilfeempfänger.

Bei denen ändert sich auch etwas: Sie bekamen bisher den "besonderen Mietzuschuss" nach dem Wohngeldgesetz. Entsprechende Anträge wurden vom Sozialhilfeträger mit bearbeitet. Im Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld werden die Kosten der Unterkunft berücksichtigt. Selbst wenn es für zahlreiche Betroffene an der gesamten Einkommenshöhe nichts ändern sollte, wird doch auf jeden Fall die Wohngeldkasse entlastet, zu Lasten der Kommunen, aber mehr noch zu Lasten vieler privater Geldbeutel.

## Wohngeld in Wilhelmshaven

Ca. 3,7 Millionen Euro zahlt die Wilhelmshavener Wohngeldstelle jährlich aus. Es sind etwa 2.500 Haushalte, die laufend Wohngeld beziehen. Darunter sind ca. 2.300 Haushalte in Mietwohnungen und ca. 200 im eigenen Haus bzw. in der Eigentumswohnung. Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt bedingen auch eine große Fluktuation bei den "Kunden" der Wohngeldstelle, und deshalb sind es aufs Jahr gesehen wesentlich mehr, nämlich durchschnittlich 3.500 Haushalte, die Anspruch auf Wohngeld haben.

Diese große Flut von Anträgen wird von 10,5 MitarbeiterInnen bearbeitet. Wie bei ihrer Kundschaft herrscht auch bei den Beschäftigten der Wohngeldstelle eine große Fluktuation.

Seit 2001 hat es jährlich Änderungen im Wohngeldgesetz gegeben. Da man einige Zeit braucht, um sich einzuarbeiten (Herr Hein sprach davon, dass man bis zu einem Jahr benötigt, bis man es richtig kann), dauert es von der Antragstellung bis zum Bescheid zwei bis drei Monate, und das, obwohl die Beschäftigten viele Überstunden machen.

## Wohngeld gesenkt

Dass eine große Gruppe von (Noch-) Wohngeldberechtigten keinen Anspruch mehr haben wird, ist nicht die einzige Änderung, die Hartz IV im Wohngeldgesetz bewirkt hat. Zahlreiche Pauschalen, die für die Berechnung der Steuer eine Rolle spielen, sind auch wohngeldrelevant. Die Senkung der Entfernungspauschale z.B. hat auch eine Änderung der Berechnung des Wohngeldes mit sich gebracht; außerdem sind einige Einkünfte, die früher anrechnungsfrei waren, dazugekommen (und senken das Wohngeld). Diese Änderungen wurden schon zum 01.01.2004 wirksam. Angesichts dessen, dass "Hartz IV" am 29.12.2003 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht wurde, mussten die MitarbeiterInnen der Wohngeldstelle viele Anträge, die sie schon in Arbeit hatten, noch einmal bearbeiten, und so einige Empfänger, die eben erst ihren Bescheid bekommen hatten, bekamen bald danach einen neuen (ungünstigeren) Bescheid.

# Mütter Zentrum

Werftstr. 45  
Tel. 506 106

## Termine:

**Mittwoch, 14 Juli**  
Tagesfahrt zum Tier- +  
Freizeitpark "Jaderberg"

**Mittwoch, 11. August**  
Große Hafenerundfahrt mit der  
Marinejugend

**Donnerstag, 12. August**  
Tagesfahrt auf die Insel  
Wangerooge  
Überfahrt mit dem Fischkutter  
"Jens Albrecht"  
Krabbenfang während der  
Überfahrt  
5-stündiger Inselaufenthalt

**Anmeldung und weitere  
Infos im Café MüZe**

**Das Sommerferienprogramm  
findet in Zusammenarbeit mit  
dem Verein Wilhelmshavener  
Familiehilfe statt. Alle  
Angebote werden vom Verein  
Familienhilfe bezuschusst und  
richten sich in erster Linie an  
Familien mit geringem  
Einkommen.**

Öffnungszeiten

## Café MüZe:

Sonntag - Freitag

9.30 - 13.30 Uhr

# König Tide ist vogelfrei

## Kritik an der Kündigung von Dirk Roschkowski

(hk) Freunde und Stammgäste des Nationalpark-Hauses Dangast waren zum Saisonbeginn gelinde gesagt überrascht, dort nicht mehr von dessen langjährigem Leiter begrüßt zu werden. Unbefriedigende Antworten auf die Frage nach seinem Verbleib veranlassten einige, der Sache auf den Grund zu gehen.

Seit der Eröffnung 1988 hatte Dirk Roschkowski das Infozentrum in dem historischen ehemaligen Schulgebäude geleitet. Anfang des Jahres erhielt er seine Kündigung zum 30.6.2004 - einen Zweizeiler ohne Begründung. Sein Arbeitgeber ist die "Schutzgemeinschaft Deutsche Nordseeküste" (SDN), die gemeinsam mit der Stadt Varel das Haus betreibt.

Früher unterhielt die SDN, jeweils gemeinschaftlich mit der Standortgemeinde, mehrere der Wattenmeer-Infohäuser in Niedersachsen. Dann kündigte eine Gemeinde nach der anderen die Zusammenarbeit auf. Zuletzt wechselte das Haus in Greetiel zum NABU und das auf Baltrum zum BUND. Schließlich gab es nur noch 1,5 Angestellte - Roschkowski und eine Sekretärin - in der SDN-Geschäftsstelle - und keinen Betriebsrat mehr.

Bei der Güteverhandlung vorm Arbeitsgericht erfuhr Roschkowski vom Richter, er sei "vogelfrei": Wegen der geringen Betriebsgröße der SDN genießt er selbst nach über 15 Jahren Tätigkeit keinen Kündigungsschutz. Notgedrungen stimmte er einem Abwicklungsvertrag zu, seit Ende März ist er freigestellt, bis Ende Juni die Kündigung wirksam wird. Vorerst sollen ihn eine Saisonkraft und eine Praktikantin ersetzen. Zum 1. Juli soll die Stelle neu besetzt werden.

### Gründe bleiben im Dunkeln

Jörg Frerichs, Leiter des Vareler Umweltamtes in Personalunion mit dem stellvertretenden Vorsitz der SDN: "Die Kündigung war zur Sicherung des Hauses unumgänglich." Neben "vielen Unstimmigkeiten und Querelen der letzten Jahre" hätte Roschkowski vor allem "mangelnde Kooperationsbereitschaft bei der Umsetzung von zukunftsweisenden Konzepten für das Haus" gezeigt.

Das ist Kritikern zu schwammig. In einem Leserbrief an den Friesland-Boten (FRIEBO vom 26.4.2004) fragt das Ehepaar Weinhold aus Büppel, "ob denn in den letzten Jahren die von Herrn Roschkowski vorgelegten Veranstaltungsprogramme vom Vorstand beanstandet worden sind, auf Wirtschaftlichkeit geprüft und Schwerpunkte angemahnt wur-

den? Hat der Vorstand vielleicht selbst erkannt, dass er sich nicht genug gekümmert hat und nun einen "Schuldigen" sucht? Gibt es Kompetenzgerangel? ... Kaum nachvollziehbar ist es, dass ein Arbeitgeber 15 Jahre benötigt, um festzustellen, die Position mit der "falschen Person" besetzt zu haben, und dieser dann ohne Angabe von Gründen kündigt. Ist es Feigheit? Unmenschlich ist es allemal, und wir wünschen keinem der Vorstände, dass es ihm einmal so ergeht - auch nicht Herrn Frerichs (aber ihn sichert ja der Tarifvertrag)."

Für Alexander Sehnert aus Büppel sind "zwischenmenschliche Disharmonien" ausschlaggebend (FRIEBO 4.5.2004), und er fragt sich, "ob Betrug vorliegt, wenn Besucher von Veranstaltungen des Nationalpark-Hauses gegen volle Gebühren nicht mehr von einem Diplom-Biologen mit 15-jähriger Berufserfahrung betreut werden, sondern lediglich von unerfahrenen Ersatzkräften. Wem also sollen die verfügten Maßnahmen, die selbst der eigenen Institution schaden, wirklich dienen?" Ein Bauernopfer möglicherweise? An demorts hat man sich von der SDN getrennt, weil man unzufrieden mit der Arbeit des Verbandes war. Schiebt man rechtzeitig alle Schuld auf den Leiter der Einrichtung, ist die Gefahr erst mal gebannt.

### Mauer des Schweigens

Wolfgang Half aus Dangast, seit 15 Jahren SDN-Mitglied, forderte bei der Jahreshauptversammlung der SDN am 16. April in Jever, die Kündigung Roschkowskis aussetzen und die Gründe offen zu legen. Von den anwesenden Mitgliedern enthielten sich vier der Stimme, die anderen stimmten dagegen. "Das war insofern nicht verwunderlich, als dass die Mitglieder, die aus ganz Norddeutschland kamen, über den Sachverhalt selbst nicht ausreichend informiert waren. Sie waren daher auf die meines Erachtens einseitige Darstellung des stellvertretenden Vorsitzenden der SDN und Vareler Stadtplaner, Jörg Frerichs, angewiesen", ist Half erbost.

Der FRIEBO fragte nach einer Stellungnahme der Nationalparkverwaltung. Die ist

## kommentar

Eine Naturexkursion mit Dirk Roschkowski ist etwas ganz Besonderes. Seine vielseitigen Kenntnisse vermittelt er als der ausgeprägte Gefühlsmensch, der er ist. Kinder, Eltern und andere Wissbegierige lieben ihn dafür - und die Natur, die er repräsentiert. Neben dem liebevollen Spitznamen "König Tide" zeugen zahlreiche Reaktionen von Gästen und Einheimischen davon, dass er hochwertige Arbeit geleistet hat.

Das interaktive Naturerlebnis findet in Dangast nicht vor Computern und High-Tech-Installationen statt, sondern in Marsch und Moor, Watt und Salzwiese. Bürokraten können damit nichts anfangen - oder ist es gar Neid, der sie bewegt? Roschkowski, sagen Bekannte, kann auch sehr unangenehm werden - weil er ein sehr aufrichtiger Mensch ist. In den Machtspielen eines komplizierten Konstruktes, in dem jeder die Zuständigkeit auf andere schieben kann, hat ihm das leider nichts genützt. Er hat einen Job verloren, der für ihn immer mehr als das war - er hat den Nationalparkgedanken gelebt. Zurück bleibt ein arbeitsloser Endvierziger, Vater zweier schulpflichtiger Kinder. Hoffentlich bietet das Leben ihm und seiner Familie eine zweite Chance.

**Hannes Klöpfer**

zwar Zuwendungs-, aber nicht Arbeitgeber für die Angestellten der Nationalparkhäuser und hielt sich raus. Ebenso der Vareler Bürgermeister Wolfgang Busch, der sich nur als Vermieter des Hauses an die SDN sieht.

Iko Chmielewski, Mitglied des Vareler Stadtrates, hatte beantragt, dass im Verwaltungsausschuss die Hintergründe für Roschkowskis Entlassung dargelegt werden. Die Verwaltung erklärte sich für nicht zuständig. "Aus den durch die Presse bekannt gewordenen 'Fakten' ergibt sich für mich jedenfalls keine logische Erklärung für diese personelle Entscheidung. Unstrittig scheint mir, dass das didaktische Konzept des bisherigen Leiters in hervorragender Weise die Nationalpark-Idee gefördert hat und Herr Roschkowski bei Einheimischen und Gästen einen durchweg positiven Eindruck hinterlassen hat. Weshalb die Kündigung des Einen und die Neueinstellung eines Anderen wirtschaftliche Vorteile bringen soll, ist für mich zumindest erklärungsbedürftig", so Chmielewski in seinem Antrag.

### Verträge überprüfen

Wirtschaftlich wäre es insofern, wenn die Ersatzkraft schlechter vergütet wird, während die SDN gleichbleibende Zuschüsse vom Land kassiert. Ähnlich sieht es Hanso Janßen, grüner Landtagsabgeordneter für den Landkreis Friesland. "Das Land trägt mit 80 Prozent den Löwenanteil der Kosten, die Stadt trägt die Kosten des Hauses und die SDN bestimmt im Wesentlichen die Inhalte und kann in Personalfragen schalten und walten wie sie will ... Wenigstens zukünftig muss in den Verträgen für das Land ein stärkeres Mitspracherecht in Sach- und Personalfragen festgelegt werden", so Janßen im FRIEBO vom 26.4.2004. Für ihn "bleibt offen, ob tatsächlich sachbezogene Gründe oder aber persönliche Differenzen zwischen dem

### Wer ist die Schutzgemeinschaft Deutsche Nordseeküste e.V.?

Seit 25 Jahren haben sich in der SDN Naturschutzvereine, Kommunen und Landkreise aus dem Küstenbereich der Nordsee, Institute, Verbände und Einzelpersonen zusammengeschlossen, um parteiübergreifend Probleme des Nordseeschutzes aufzugreifen und einer Lösung zuzuführen. Über den wissenschaftlichen Beirat und auf Fachtagungen und Kolloquien arbeitet die Schutzgemeinschaft Deutsche Nordseeküste e.V. Themen auf, die bislang nur wenig im Bewusstsein der Öffentlichkeit waren, jedoch für das Ökosystem Nordsee von gravierender Bedeutung sind. ... Ziel der SDN ist es, alle behandelten Themen durch entsprechende Veröffentlichungen bei Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Öffentlichkeit soweit ins Bewusstsein zu rücken, dass Denk- und Entscheidungsprozesse ausgelöst werden. Dem gleichen Ziel dienen die von der SDN zum Teil seit über 10 Jahren unterhaltenen Nationalpark-Informationshäuser an der Küste Niedersachsens und auf Baltrum (Anm. d. Red.: aktuell wird nur noch das Haus in Dangast von der SDN betrieben): Fachliche Information für eine breite Öffentlichkeit - insbesondere Feriengäste - über den Wert, aber auch über die Gefährdung und über Lösungsansätze des Nordseeschutzes.

Gekürzt aus der Selbstdarstellung der SDN auf <http://www.sdn-web.de>



# Was sonst noch LOS ist

## “Lokales Kapital für soziale Zwecke” in der Sozialen Stadt

(noa) LOS ist ein Modellvorhaben des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und des Europäischen Sozialfonds. In diesem Programm geht es u.a. darum, lokale Kleinprojekte anzuregen, die im weitesten Sinne beschäftigungswirksam sind oder zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts in den ausgewählten Stadtteilen beitragen.

Nachdem wir in der letzten Gegenwind-Ausgabe fünf Projekte des LOS-Modells vorgestellt haben, in denen der Gesichtspunkt Beschäftigung/Qualifizierung im Vordergrund steht, beschäftigen wir uns heute mit drei Kleinprojekten, die wir als vorbildlich in Sachen Förderung des Zusammenhalts erachten.

### Schreib- und Erzählwerkstatt

Ausländische und deutsche Frauen treffen sich dienstags ab 16.30 Uhr in den Räumen des Vereins zur internationalen Verständigung (Kurze Straße 17). Betreut und - wenn es mal nötig sein sollte - ermuntert von Petra Stromberg reden sie über ihr Leben in ihrem multikulturellen Stadtteil und schreiben ihre Geschichten auf. Es gibt keine verbindlichen Anmeldungen und keine Kontrolle der Anwesenheit, und so fluktuiert die Zahl der Teilnehmerinnen. “Zwei kommen immer, aber manchmal sind es auch acht Frauen”, berichtet Frau Stromberg. Sie hat Unterschiede bemerkt. So sind die deutschen Frauen eher bereit, eine Geschichte aufzuschreiben, als die türkischen, die durchaus gerne erzählen. Klar, das ist Multikulti: Im Mittelmeerraum und im Orient wird mehr erzählt, hier mehr geschrieben - wenn man bereit ist, die erzählte Geschichte einer anderen aufzuschreiben, dürfte das dem Ziel, ein Journal zu erstellen

### Fortsetzung “König Tide ist vogelfrei”

Vorstand der SDN und dem Hausleiter zur Entlassung geführt haben ... Aber vielleicht soll ja auch der Schwerpunkt des Hauses noch weiter in Richtung Küstenschutz verschoben werden.”

### Geplante Demontage?

Die Lage des Nationalpark-Hauses an der Durchgangsstraße zum Strand hat sich über die Jahre als der Besucherfrequenz abträglich erwiesen. Für die Qualität der Umweltbildung ist aber weniger die Menge von Besuchern erheblich als die Intensität, mit der sie betreut werden. Wer begeistert mit neuen Erlebnissen im Gepäck nach Hause zurückkehrt, ist ein vielfacher Multiplikator. Im fernen Hannover sieht man das anders: Eine Lichtschanke, die im Jahr 50.000 Besucher zählt, inklusive derer, die nur ein Klo suchen, und rein- und rausflitzender Kinder, ist bedeutsamer als 5.000 BesucherInnen jährlich, die wirklich geistig und emotional anwesend waren.

Nun bietet sich jenen, die Werte nur in Zahlen messen können, die Chance, mit dem ungeliebten Naturpädagogen auch gleich ein lästiges Bollwerk des Naturschutzes loszuwerden. Vor einigen Jahren wurde bereits ein “Küstenschutzforum” angebaut, mit dem Ill. Oldenburgischen Deichband als Betreiber. Vielleicht behält Hanso Janßen recht, dass demnächst die Deichgrafen das Sagen haben im jetzigen Nationalparkhaus.

und damit die Geschichten anderen zugänglich zu machen, keinen Abbruch tun.

“Es kommen türkische Frauen her, die noch ganz traditionell leben, und auch solche, die leben wie Deutsche. Einmal kam es zum Konflikt: Eine ältere Frau kritisierte die jungen, weniger traditionell lebenden Frauen.” (Stromberg) Auch das ist Multikulti, dass unterschiedliche Lebensstile aufeinanderprallen. Vielleicht wird diese Geschichte ja auch in dem zweisprachigen Journal nachzulesen sein, das bald fertig sein wird.

### Nachbarschaftsvermittlung

Ebenfalls um Konflikte, wenn auch nicht notgedrungen interkultureller Art, geht es im Projekt “Grundausbildung in der Nachbarschaftsvermittlung”. Andrea Spahn, Mediatorin, und Antje Morgenstern, Familientherapeutin, unterrichten und trainieren eine Gruppe von acht Frauen im Konfliktmanagement. Anders als bei den meisten anderen Projekten, die bis heute offen sind und jederzeit neue Teilnehmerinnen aufnehmen können und wollen, ist diese Gruppe eine ziemlich “geschlossene Gesellschaft”. Das ist nötig, wenn ein Grundstock an Wissen vermittelt und ein Mindestmaß an Fertigkeit geübt werden soll. Und dafür ist auch ein hohes Maß an Verbindlichkeit nötig, so dass zu Beginn eine schriftliche Vereinbarung zwischen den Teilnehmerinnen und den Kursleiterinnen über maximale Fehlzeiten geschlossen wurde.

Ein weiterer Unterschied zu den anderen Projekten: Als die erst anfangen, mit Flugblättern und Zeitungsartikeln Interessierte zu suchen, fand in diesem Projekt schon der erste Unterrichtsabend statt. Die Teilnehmerinnen fanden sich überraschend schnell auf Veranstaltungen im Stadtteil, aufgrund eines Artikels und in Zusammenarbeit mit Wohnungsbau-Gesellschaften - oder vielleicht ist das doch nicht überraschend, denn wo kriegt man sonst eine berufsbegleitende Ausbildung, ohne dafür zahlen zu müssen?

### FLUT - Was 1962 wirklich geschah...

So heißt das LOS-Projekt der Landesbühne. Hier bekamen aufmerksame WZ-Leser Ende März den Eindruck, es würde vielleicht gar nichts draus, denn da wurden per Artikel noch Darsteller gesucht - die Menschen, die sich schon gemeldet hatten, waren mehr an den Arbeiten “hinter der Bühne” interessiert.



Aus der Presseinformation der Landesbühne



**Reparaturen  
aller Fabrikate**  
spez. Volvo und Renault

Reifendienst  
Achsvermessung  
TÜV/AU  
Abschleppdienst  
Klima-Service

Schwarzhamm 2 Hooksiel  
Tel. 04425 990870 Fax 990872  
www.tenge-strohbach.de

Tenge & Strohbach

Kfz-Technik



Das Besondere an diesem Theaterstück ist, dass es erst mit den TeilnehmerInnen im Lauf der Proben entstand. “Zu Probenbeginn tauchten mit den 30 Teilnehmern die Figuren des Stückes auf. Und sie brachten wahre und erfundene Geschichten von der Flut und den frühen 60er Jahren in Wilhelmshaven mit. Zusammen mit alten Zeitungsartikeln wuchs die Geschichte. Alltägliches aus den Tagen im Februar 1962 wurde dabei ebenso zum Ideengeber wie Konkretes über die Flut selbst.” (Landesbühne)

Der Titel “Flut - was 1962 wirklich geschah...” ist also keineswegs wörtlich zu nehmen! “Das daraus entstandene Stück ist somit keine Theaterfassung der tatsächlichen Ereignisse im Februar 1962, sondern eine mit historischen Versatzstücken durchwobene Geschichte, die vor allem von den Persönlichkeiten und Erfahrungen der Darsteller geprägt ist.” (Landesbühne)

Wer weiß, vielleicht sind die erfundenen Geschichten der ProjektteilnehmerInnen doch wahrer als die historische Wirklichkeit!

**“FLUT - Was 1962 wirklich geschah...”** wird (mindestens) dreimal aufgeführt:  
**Premiere** ist am Samstag, 12.06.04 um 20.00 Uhr im Jungen Theater an der Rheinstraße.  
**Weitere Vorstellungen** gibt es am Sonntag, 13.06.04 um 15.30 Uhr und um 20.00 Uhr, ebenfalls im Jungen Theater.  
**Eintrittspreise:** 5,- EUR/ ermäßigt 3,- EUR (SchülerInnen, StudentInnen etc.)  
 Die Kasse öffnet eine halbe Stunde vor Vorstellungsbeginn.

**Anzeige****Planfeststellungsverfahren  
JadeWeserPort**

Die Unterlagen liegen aus, im technischen Rathaus und in der GS-Voslapp. Nur noch bis zum 11.06.2004 können BürgerInnen hier Einsicht in die 12 Ordner nehmen.

In den Ordnern finden sich viele wichtige Informationen, wichtig für die Wahrung der persönlichen Werte, der Wohnqualität, der Gesundheit und Umwelt.

*Lärmwerte werden um bis zu 6 dB überschritten.*

*Verlust des Erholungsgebietes Geniusstrand/-bank wird nicht ausgeglichen, da niemand (z.B. Stadt WHV) dies gefordert hat. (Die WALLI hat es für die Stadt getan.)*

Wir haben die Unterlagen gelesen. Die Liste der Beeinträchtigungen könnte erheblich verlängert werden.

**Einwendungen**

In der Nähe vergleichbarer Bauwerke verringerten sich die Werte für Einfamilienhäuser erheblich. In der Praxis sind die Lärme höher als die Gutachterwerte. Asthma-, Herz-, Lungenkranke (natürlich auch Gesunde) leiden unter Lärm, Licht, Staub und Abgasen.

Die Stadt lehnt eine Hilfestellung bei der Erstellung der Einwendungen ab. *"Es gibt keinen Bedarf."*

Gemeinsam mit der BI "Bürger gegen den

JadeWeserPort" stand die WALLI den BürgerInnen hilfreich zur Seite. In 4 Stunden wurden fast 800 Einzeleinwendungen aufgenommen. Es gibt also Bedarf.

**Hafenfreunde aufgepasst!**

Wichtige Informationen für Hafenträumer. 24 Liegeplätze über die Küste?

Aus den Unterlagen:

*.... Nordbereich erforderliche Kajelänge nur bei Verlagerung der UVG-Brücke, Verzicht auf Flüssiggasterminal und Verlegung WRG-Brücke mit dem Küsten- und Inselanleger.*

*.... Beeinträchtigungen (WRG) auch bei Option Mitte und Bau im nördlichen Bereich*

*.... Süd nur, wenn die Niedersachsenbrücke nach Norden verschoben oder verlegt wird. Betroffenheit Kraftwerk und Beeinträchtigung Maadesiel.*

*usw.*

Alle Fakten liegen jetzt offen auf dem Tisch!? Guter Spruch, aber leider fernab der Realität. In den Planunterlagen sind diverse Gutachten angegeben. Diese sind nicht zu bekommen. Einsicht nur in Gutachten, die keine wirtschaftlichen Daten enthalten. Kopien nicht erlaubt. Wartezeit auf Einsichtstermin: eine Woche.

Deutliche Worte nur, wenn Herr Werner auftritt. Fragen werden ganz klar beantwortet: *"Das ist nicht Bestandteil des Verfahrens und geht die Realisierungsgesellschaft nichts an."*

Stadt geht auch offen mit Informationen um? Auf allen Absprachen und Verträgen sitzt der OB persönlich. Und er steht nicht auf. Kooperationsvertrag und Grundsatzvereinbarung zum JWP sind Verschlussache des OB.

Schützen Sie Ihre Werte, auch wenn Sie nicht gegen den JWP sind. Beantragen Sie Schutzmaßnahmen und Entschädigungen.

Einwendungen - Wertverlust, Schutz gegen Lärm- und Lichtbelästigung, Wohnqualität usw. - bis zum 25.06.2004: An die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nordwest, Schloßplatz 9, 26603 Aurich

**Auf (Sonder)Müll gebaut?**

Wie hoch dürfen die Bodenbelastungen sein, wenn auf dem Gelände ein Hallen-Frei-Spaß-Spiel-Sport-Bad gebaut werden soll? Ist 40 µg/l Benzol noch zu vertreten? Was sagt uns die Angabe von 102 µg/l Ethylbenzol?

Was meint ein Gutachter mit folgender Aussage:

*Nutzungsverbot für Graben-, Stau- und Grundwasser, insbesondere für Gartenbewässerung und zum Planschen für Kinder.*

*Jeglicher direkter Hautkontakt zum Boden muss ausgeschlossen werden.*

*Kinder dürfen nicht im Gelände spielen, um eine direkte Aufnahme der Schadstoffe durch kontaminierten Boden zu unterbinden.*

Werden solche Gutachten tatsächlich vom Gutachter zurückgezogen, oder .....?

**Treffen der WALLI:**

Jeden 1. u. 3. Montag im Monat um 20.00 Uhr in der Gaststätte "Am Kreuzelwerk" Freiligrathstr. 432, WHV

**WALLI**

Wilhelmshavener Alternative Liste  
Tel./Fax: 04421 879249  
Internet: walli-whv.de  
E-Mail: Joachim-Tjaden@freenet.de

**Spendenkonto:**

Postbank Hannover  
Konto Nr. 902894-309  
BLZ: 250 100 30  
Spendenquittung



# Die Tricks der Stadtverwaltung

## Oder: Wenn ich nicht will, dann will ich nicht.

(jt) Schon vor einigen Wochen wurde ein Beschluss durch den Wilhelmshavener Rat gepeitscht, bei dem es wieder einmal um den JadeWeserPort ging. Also ein Beschluss, der ganz sicher, egal was beschlossen werden soll, fast einstimmig durch den Rat geht. Traut sich doch - eine Ausnahme bestätigte die Regel - kein Ratsmitglied, der heiligen Kuh einmal genauer aufs Fell zu schauen.

Im Beschluss ging es um eine Grundsatzvereinbarung und einen Kooperationsvertrag (der genaue Inhalt dieser Papiere ist bis heute keinem Ratsvertreter bekannt) zwischen dem Land Niedersachsen und der Stadt Wilhelmshaven.

Den Inhalt könnte man wie folgt beschreiben: *Nach über dreißig Jahren haben wir, das Land Niedersachsen und die Stadt Wilhelmshaven, festgestellt, dass es einen Voslapper Groden gibt. Jetzt wollen wir den mal zusammen vermarkten.*

Seit dem 05.03.04 -Tag der Beschlussfassung - versucht die WALLI nun schon, diese Verträge zu bekommen. Die Stadt will sie nicht herausgeben. Das Land braucht es nicht zu tun.

Jetzt lag wieder ein "JWP-Beschluss" in den Ratsfächern. Inkommunalisierung der Flächen des zukünftigen JadeWeserPort. Als Anlage ein Schreiben des Oberbürgermeisters an das Land Niedersachsen mit dem Antrag auf Inkommunalisierung.

In diesem Schreiben wurden 4 Anlagen aufgeführt. Lediglich eine dieser Anlagen war den Ratsvertretern zugänglich gemacht worden.

In einem Schreiben an den Ersten Stadtrat Stoffers bat Ratsvertreter Tjaden (WALLI)

um Aushändigung aller aufgeführten Anlagen zur Ratssitzung, also auch der Anlagen 3 und 4 - Grundsatzvereinbarung und den Kooperationsvertrag.

Die Antwort vom Stadtrat kam dann 3 Tage vor der Sitzung: *....Sehr geehrter Herr Tjaden, vielen Dank für Ihren Hinweis. Selbstverständlich müssen Grundsatzvereinbarung und Kooperationsvertrag dem Land nicht mehr übersandt werden, weil es ja selbst Vertragspartner ist und die Verträge mithin dort vorliegen. Der Antrag wird entsprechend geändert werden. Damit entfällt dann auch eine Diskussion darüber, ob die Anlagen der Beschlussvorlage beizufügen sind oder nicht.....*

Da hat die Verwaltung doch wieder einen Dreh gefunden, die Geheimnisse auch geheim zu halten. Wir ändern das Schreiben des OB, und damit entfällt dann auch die Aushändigung?

In der Ratssitzung stellte Tjaden dann auch gleich die Frage, auf welche sich Stadtrat Stoffers seltsamerweise nicht vorbereitet zeigte. *Frage Tjaden: Hat sich an der Vorlage etwas geändert? Antwort Stoffers: Nein!*

Schon seltsam. Die Anlagen waren nicht gestrichen worden, wie vom Stadtrat in sei-

nem Schreiben mitgeteilt. Die Anlagen demnach noch Inhalt der Vorlage? Hätten vorliegen sollen/müssen? Lagen aber nicht vor!

Da hat doch der Erste Stadtrat innerhalb weniger Tage vergessen, was er geschrieben hatte. Da aber die Ratsmitglieder wieder einmal nicht wussten, worum es ging, stimmten sie voller Freude für den Antrag.

Wenn das heilige Wort - JadeWeserPort - durch den Ratssaal schwebt, überkommt die Ratsschar Stille. Andächtig, voll vom JWP-Glauben, lauschen sie den Worten, bis bei der entscheidenden Frage die Arme fast bis zur Decke reichen.

Warum ist in Wilhelmshaven noch niemand auf die Idee gekommen, eine marode Schule in GS-JadePort, den Kindergarten in Tagesstätte für JadeWeserPort-Kinder, oder den Sportverein in TUS-JadePort umzutauften...



**ROCK  
FISCH**

**MUSIKKNEIPE IM SÜDEN  
DER STADT**

Mainstraße 22 - Wilhelmshaven  
Öffnungszeiten: tägl. ab 20.00 Uhr